



**Wahlen – eine Castingshow?
Jugend, Medien und Demokratie**

Impressum

Herausgeberin:

Pädagogische Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz
Institut Forschung und Entwicklung
Zentrum Politische Bildung und Geschichtsdidaktik
Zentrum für Demokratie Aarau

Redaktion: Vera Sperisen und Claudia Schneider

Kontaktadresse: info@politischebildung.ch

Auflage: 4000 Exemplare

Bilder: Eidgenössische Jugendsession 2009 (Titelseite)
Kyra Tabea Balderer (Bildstrecke S. 9, 10, 15, 16, 17, 23)

Gestaltung: Theo Gamper Grafik, Solothurn

Druck: Druckerei Herzog AG, Langendorf

Bezugsadresse:

Pädagogische Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz
Institut Forschung und Entwicklung
Zentrum Politische Bildung und Geschichtsdidaktik, www.fhnw.ch/pbpd
Zentrum für Demokratie Aarau, www.zdaarau.ch
Blumenhalde
Küttigerstrasse 21
5000 Aarau
oder zum Herunterladen
www.politischebildung.ch

PERSÖNLICH

2 «Wir wünschen uns grössere Fussballtore»

Claudia Schneider fängt Stimmen unter den elfjährigen Schülerratsdelegierten in Schlieren ein.

4 «Man muss sich den Respekt erarbeiten»

Vera Sperisen im Gespräch mit Lea Thommen über ihre Aufgabe im Jugendrat Baselland.

FOKUS WAHLEN

6 Opfern wir die Demokratie?

Der Soziologe Kurt Imhof berichtet im Interview über den Einfluss der Gratismedien auf die politische Kommunikation im Vorfeld von Wahlen.

9 Wie professionell ist der Wahlkampf in der Schweiz?

Alle reden vom «professionalisierten Wahlkampf». Eine kritische Auseinandersetzung mit dieser Zeitdiagnose vom Kommunikationswissenschaftler Patrick Donges.

12 Politik – Ein Kinderspiel?

Oliver Dlabac, Oliver Krömler und Anita Manatschal vergleichen mit dem spielerischen Experiment «Kinderparlament» die politischen Präferenzen von Kindern mit denjenigen ihrer Eltern.

15 Die Parteienvermittlungsbörse für Lernende

Dominik Allenspach und Katharina Kalcsics thematisieren die Stärken und Schwächen des Online-Lerntools «Parteienkompass» – der Schulvariante der bekannten Wahlhilfe «smartvote».

PRAXIS

17 Was wird hier gespielt?

Gedanken zum Umgang mit Planspielen im Bereich der Politischen Bildung.

18 Politik zum Anfassen

Die Bundespolitik hautnah erleben mit «Schulen nach Bern».

20 Fechten mit Worten

Mit «Jugend debattiert» lernen und trainieren Jugendliche das Debattieren.

22 Junge machen Politik!

Viel jugendliches Engagement an der Eidgenössischen Jugendsession.

IN EIGENER SACHE

24 Zwischen Selbstdisziplinierung und Partizipation

Alexander Lüscher und Corinne Wyss präsentieren die theoretischen Grundzüge des Klassenrates und geben Einblick in ein aktuelles Forschungsprojekt zum Klassenrat.

26 Weiterbildungstagung: Wahlen 2011 – eine Castingshow?

An dieser Tagung vom 30. März 2011 erhalten Lehrpersonen Inputs, um die Thematik des vorliegenden «Polis» im Unterricht zu vertiefen.

Unser «Polis» erscheint zum vierten Mal und widmet sich mit verschiedenen Zugängen dem Wahljahr: Was für Wahlen treten den Kindern und Jugendlichen in ihrem Alltag entgegen? In der Medienöffentlichkeit stehen permanent Personen zur Diskussion; sie werden vorgestellt, man kann sie wählen oder abwählen.

Man kann die eigenen Vorlieben spielen lassen und sich mit der Wahl von Lieblingen bestätigen: Superstars; weibliche und männliche Models; beliebteste Sportpersönlichkeiten des Jahres; Sternchen des European Song Contest;... ja, und dann auch Politikerinnen und Politiker. Gewählte werden berühmt oder noch berühmter. Wo aber kann die Frage aufgeworfen werden, was die Wahl von Politikerinnen und Politikern von Castings unterscheidet? Und wie soll gemerkt werden, dass politische Wahlen – ungleich den Castingshows – für die Wählerinnen und Wähler Folgen haben? Wie gewinnen Wählerinnen und Wähler eine politische Einschätzung der Personen, die sich zur Wahl stellen? Und was braucht es, damit sie prüfen können, ob die Gewählten das Versprochene umzusetzen versuchen? Sachverständ ist gefragt, Politische Bildung. Instrumente eben, Medien und Schulungsmaterial, die es zur Meinungsbildung der (zukünftigen) Wählerinnen und Wähler und zur Rechenschaftslegung durch die Politikerinnen und Politiker braucht. Und dann noch: Raum im Rahmen der Schule, das Geschäft des Politischen zu lernen, zu verstehen, zu diskutieren, einzuüben und von den Erwachsenen und dereinst von Politikerinnen und Politikern ebenso wie von Medienschaffenden einzufordern.

Béatrice Ziegler



Dr. Béatrice Ziegler ist Professorin für Geschichte und Geschichtsdidaktik an der Pädagogischen Hochschule FHNW und leitet das Zentrum Politische Bildung und Geschichtsdidaktik des ZDA.

Schülerrat Schlieren

«Wir wünschen uns grössere Fussballtore»

Claudia Schneider Im Schulhaus Schulstrasse im zürcherischen Schlieren wird auf das neue Schuljahr hin zum ersten Mal ein Schülerrat eingeführt. Im Gespräch mit den gewählten Delegierten aus den 5. und 6. Klassen wird schnell klar, wie gross ihre Vorfreude auf das neue Amt ist. Zudem sind sie sich ihrer Verantwortung bewusst und überzeugt, dass sich mit dem Schülerrat neue Möglichkeiten auftun, ihren Wünschen Gehör zu verleihen.

Ich bin etwas aufgeregt vor dem ersten Schülerrat, immerhin kommen 24 Kinder.» Der elfjährige Nevio sitzt an seinem Pult im Schulzimmer. Soeben ging die letzte Vorbesprechung zur Eröffnung des allerersten Schülerrats über die Bühne. Als Höhepunkt stand die Wahl des Präsidenten, Vizepräsidenten und der Protokollführerin auf dem Programm. Auf seine ersten Aufgaben als Präsident angesprochen, meint Nevio: «Zuerst einmal muss ich nun die Schülerinnen und Schüler darüber informieren, was der Schülerrat überhaupt ist. Dazu bereite ich Einladungen für die Schülerratssitzung vor. Für den Schülerrat habe ich mir vorgenommen, die Sitzung gut zu leiten und zu schauen, dass sich alle Delegierten an die Regeln halten, das heisst zum Beispiel den Ehrenkodex ernst nehmen und nichts Vertrauliches aus dem Schülerrat weiter erzählen.» Und Yves, der frischgebackene Vizepräsident, fügt an: «Das Präsidentenamt ist im Schülerrat sicher sehr wichtig. Gäbe es keinen Präsidenten, würde es an der Schülerratssitzung drunter und drüber gehen.»



Bereitet sich sorgfältig auf den ersten Schülerrat vor: Präsident Nevio.



Yves, der frischgebackene Vizepräsident.



Tamara vertritt ihre 6. Klasse im Schülerrat.

Lehrpersonen bleiben im Hintergrund
Im Vorfeld erarbeitete die Schulsozialarbeiterin zusammen mit den Lehrpersonen die Umsetzung des Schülerrats. «Wahrscheinlich haben die Lehrer gedacht, wir sollten

«Wir Delegierten vertreten unsere Klasse im Schülerrat – der Ständerat die Kantone in der kleinen Kammer.»

«auch mal was verändern können», mutmassst die 6. Klässlerin Tamara über die Beweggründe der Erwachsenen, einen Schülerrat einzuführen. Tatsächlich stehen die Wünsche und Anliegen aus der Schülerschaft im Austausch mit den Lehrpersonen als zentraler Punkt im entwickelten Konzept. Bewusst soll den Kindern mehr Raum geboten werden, ihre Anliegen zu formulieren und so das Wir-Gefühl zu stärken. Dabei steht ihnen die Sozialarbeiterin beratend zur Seite. Nur eine Lehrperson vertritt die Lehrerschaft und bringt Anträge aus der Schulkonferenz in den Schülerrat ein. Eine wichtige Funktion kommt der Klassenlehrperson zu. Sie unterstützt die Delegierten in ihrer Klasse und räumt ihnen während der Klassenratsstunde genügend Zeit ein, um über die Beschlüsse aus dem Schülerrat zu berichten.



Floriana zieht Parallelen zum Parlament.



Sie haben ein offenes Ohr für die Anliegen aller Kinder im Schulhaus: Die Delegierten der 5. und 6. Klasse.

Demokratie im Kleinen

Neben der Stärkung des Wir-Gefühls ist das Fördern des Demokratieverständnisses und Einüben von demokratischen Abläufen ein weiteres Ziel des Schülerrats. Im Vergleich mit den grossen und kleinen Kammern des Parlaments in Bern fallen den Kindern Parallelen zu ihrem Schülerrat auf: «Wir Delegierten vertreten unsere Klasse im Schülerrat – der Ständerat die Kantone in der kleinen Kammer.» Die Aufgabe scheint auch eine ähnliche zu sein,

Floriana: «Im Schülerrat wird es so sein wie im Parlament: Wir diskutieren wie die Parlamentarier und suchen nach Lösungen. Und wir können sagen, was wir Kin-

«Ich habe mir sogar schon vorgestellt, Bundesrat zu werden.»

der wollen.» Schon im Vorfeld des Schülerrats wurden Wünsche aus den Klassen laut. «Viele Knaben träumen von grösseren Fussballtoren.» Diese und andere Ideen werden die Delegierten nun in den Schülerrat einbringen. Sehen sie sich also als junge Politikerinnen und Politiker? «Ja, ich habe mir sogar schon vorgestellt, Bundesrat zu werden», meint Yves. Auch für den Präsidenten Nevio ist der Vergleich mit einem Politiker gar nicht so abwegig. «Als ich letzte Woche nach Hause kam und meinen Eltern erzählte, dass ich als Delegierter in den Schülerrat gewählt wurde, war meine Mutter überhaupt nicht erstaunt. Sie meinte: Dass du mal ein Politiker wirst, davon war ich schon lange überzeugt.»

Schülerrat Schlieren

Der Schülerrat Schlieren repräsentiert alle Stufen vom Kindergarten bis zur 6. Primarklasse. Pro Klasse sind jeweils zwei Kinder als Delegierte an den Schülerratssitzungen vertreten, die einmal pro Quartal statt finden. Die Wahl in den Schülerrat ist verbindlich und auf ein Jahr begrenzt. Auf vielfältige Weise ist es dem Schülerrat möglich, den Schulalltag mitzugehen. So können Anträge zu neuen Anlässen oder Projekten an die Schulleitung und die Schulkonferenz der Lehrpersonen gestellt werden, etwa in Form neuer Ideen zur Pausenplatzgestaltung. Die definierten Kompetenzzuschreibungen für die Schülerinnen und Schüler sowie für die Lehrpersonen und Schulsozialarbeit geben die klaren Strukturen des Schülerrats vor. Dem Schülerrat steht ein fixes Jahresbudget zur Verfügung.



Lic. phil. Claudia Schneider ist wissenschaftliche Assistentin am Zentrum Politische Bildung und Geschichtsdidaktik der PH FHNW am Zentrum für Demokratie Aarau.

Im Gespräch mit Lea Thommen über ihre Aufgabe im Jugendrat Baselland

«Man muss sich den Respekt erarbeiten»

Interview: Vera Sperisen Wenn Lea Thommen von ihrer Arbeit im Jugendrat spricht, leuchten ihre Augen.

Es ist eine Begeisterung für Politik «an und für sich» zu spüren. Für das Debattieren, das Organisieren, das Lobbyieren. Welche politische Meinung Frau Thommen vertritt, was sie wütend oder betroffen macht, das bleibt während all der Rede über die Politik unangetastet. Ein Gespräch über das, was ihr wirklich wichtig ist: Die Weitervermittlung von Politischer Bildung.

Frau Thommen, wie kamen Sie dazu, sich im Jugendrat zu engagieren?

Bei uns in der Familie stimmt jeder ab und es gab auch immer Diskussionen am Küchentisch. Ich habe mich von klein auf für Politik interessiert, wollte aber in keine Partei eintreten und einfach deren Meinung übernehmen. Als ich vom Jugendrat erfuhr, dass es dort nicht nur darum geht zu politisieren, sondern auch Anlässe von Jugendlichen für Jugendliche zu organisieren, fand ich das eine tolle Sache. So kann man in der Politik sein, ohne in einer Partei zu sein.

Der Jugendrat im Kanton Baselland ist im Gegensatz zu vielen anderen in der Schweiz ein «Exekutivorgan». Was bedeutet dies?

Das ist das Tolle an der ganzen Sache bei uns. Oft sind die Jugendparlamente als Verein aufgebaut. Die müssen den Kontakt zu den Politikern erst mal suchen. Wir aber sind eine regierungsrätliche Kommission. Wir haben ein Budget von der Regierung zur Verfügung und einen Beisitz des Kantons an unseren Sitzungen. Und es kam auch schon zwei, drei Mal vor, dass

«Politik machen, ohne in einer Partei zu sein.»

der Jugendrat Gespräche mit dem gesamten Regierungsrat führen durfte. Das ist natürlich toll, wenn der Regierungsrat uns einlädt und sich für uns eine Stunde Zeit nimmt, uns zuhört und Tipps gibt. Das ist auch eine Ehre, wenn man dort hingehen darf.



Lea Thommen, Jugendräatin Baselland.

Und wie können Sie sich als Kommission in das politische Geschehen einbringen?

Wir dürfen direkt Petitionen an die Regierung abgeben und auf Vernehmlassungen antworten, wenn sie jugendrelevant sind. Unsere Aufgabe ist es, die Jugend vor der Regierung und in der Öffentlichkeit zu vertreten und Jugendliche für die Politik zu sensibilisieren. Als Kommission sind wir ein politisch neutrales Gremium. Diesen Grundsatz versuchen wir auch an unseren Veranstaltungen umzusetzen, wo wir neutrale Podien und Anlässe organisieren. Wir geben nur wenig politische Statements ab – nur wenn alle neun Mitglieder gleicher Meinung sind.

Diese nüchterne Struktur ist fern ab von rebellischen Ideen und jugendlicher Subversion. Etwas ketzerisch gefragt: Man könnte auch den Eindruck bekommen, der Jugendrat sei eine Miniaturausgabe der «grossen Politik» und erfülle für diese gleichzeitig eine Alibifunktion in Jugendfragen?

Klar sind wir nicht der Landrat persönlich, aber wir können einiges erreichen. Allein schon, dass uns die Regierung immer antwortet, ist ein Erfolg. Mir geht es hauptsächlich darum, dass Jugendliche überhaupt in die Politik einsteigen. Beispielsweise am Jugendforum, wo Jugendliche zum ersten Mal mit Politik in Berührung kommen, zum ersten Mal eine Petition erarbeiten und merken: Hey, auch wenn ich ein zweites Fussballfeld in meiner Gemeinde fordere, ist das Politik. Und wenn ich mich bei Amnesty International engagiere, ist das auch Politik. Wenn man wirklich etwas erreichen will im Leben, ist es halt so, dass es nicht reicht, einfach einen Brief zu schreiben. Da muss man beharrlich sein.

«Wir sind ein politisch neutrales Gremium.»

Neben all den erwähnten Vorteilen kann die enge Anbindung an die politischen Strukturen der «Grossen» auch einen Verlust an inhaltlicher und organisatorischer Autonomie bedeuten.

Das sehe ich nicht so. Wir können trotzdem machen, was wir wollen und immer unsere Meinung sagen. Ich habe mich noch nie eingeschränkt oder übervorteilt gefühlt.



Sie hat den Schritt in die Politik gemacht. Nun will sie auch andere dazu motivieren.

Dann fühlen Sie sich von den Behörden und politischen Personen, mit denen Sie zusammenarbeiten, ernst genommen?

Ich denke, man muss sich den Respekt erarbeiten. Diese Leute sind jungen, engagierten Menschen gegenüber prinzipiell positiv eingestellt. Aber man muss sich die-

sen Respekt erkämpfen. Gestern war Herr Bundesrat Maurer an einer unserer Veranstaltungen. Wir hatten bereits diverse bekannte Leute aus dem Kanton an unseren Anlässen zu Gast. Das ist für uns auch immer ein Zeichen, dass wir ernst genommen werden und dass die Jugend ernst genommen wird.

Jugendrat Kanton Baselland

Der Jugendrat Kanton Baselland ist als regierungsrätliche Kommission organisiert. Seit seiner Gründung im Jahre 1995 hat der Jugendrat zum Ziel, die Interessen der Jugendlichen in der Öffentlichkeit zu vertreten und Jugendliche für politische Themen zu sensibilisieren. Der Jugendrat nimmt zu Vernehmlassungsvorlagen Stellung und kann den Regierungsrat mit Petitionen auf Anliegen der Jugendlichen hinweisen. Der Rat setzt sich aus neun vom Regierungsrat gewählten Jugendlichen zusammen, wobei eine möglichst heterogene Verteilung nach Geschlecht, Wohnsitz, Bildungshintergrund und Alter gewährleistet werden soll. Auch Ausländerinnen und Ausländer sind im Jugendrat vertreten.

Im Vorfeld der Landratswahlen (BL) sowie der National- und Ständeratswahlen plant der Jugendrat BL eine Sensibilisierungskampagne mit Informationsveranstaltungen an Schulen und Podien. Weitere Informationen unter www.jugendratbl.ch.

Das Wecken von Interesse am Politischen scheint Ihnen wichtiger zu sein als konkrete politische Anliegen zu vertreten?

Für mich persönlich ist es das Allerwichtigste. Jeder soll sehen, was man in der Politik erreichen und wie man sich engagieren kann. Das ist mein ganz persönliches Ziel. Dabei liegt uns viel daran, dass Jugendliche sich eine Meinung auf neutraler Basis bilden können. So schreiben wir beispielsweise im Vorfeld der Wahlen jeweils Leserbriefe, in denen wir dazu aufrufen, wählen zu gehen. Vor den Abstimmungen machen wir mindestens in einer Schule ein Podium. Egal wie sie abstimmen – es geht einfach darum, dass sie abstimmen. Dass jeder begreift: Das ist wichtig für mich. Wir hatten aber auch schon Themen, bei denen alle gleicher Meinung waren und wir dann sagten, wir befürworten das und das.

«Gestern war Bundesrat Maurer an unserer Veranstaltung.»

Beispielsweise?

Wo wir momentan alle dahinter stehen, ist das Schulfach «Politik». Das ist etwas, was alle vollkommen unterstützen.

Haben Sie hierzu eine Petition gemacht?

Ja, an unseren Jugendforen wird dieses Anliegen eigentlich jedes Jahr an die Regierung übergeben. Nun ist es aber auch so, dass die Jungfreisinnigen zu diesem Thema eine Initiative lanciert haben. Von daher müssen wir hier nicht mehr weiter bohren, weil dies jemand anderes in die Hand genommen hat.

Sie betonen die neutrale Position der Kommission, haben Sie persönlich denn auch eine politische Meinung?

Ja (lacht). Es ist einfach so, dass die mir keine Rolle spielt, wenn ich diese Funktion hier ausübe. Hier geht es mir einfach darum, dass sich die Leute politisch bilden. Aber dass ich mir Zuhause, bei Abstimmungen und bei den Diskussionen auch meine Meinung bilde, das ist klar. Ich finde es aber toll, dass man das in einer solchen Funktion nicht unbedingt öffentlich bekannt geben muss.

Zum Einfluss der Gratismedien auf die politische Kommunikation

Opfern wir die Demokratie?

Interview: Claudia Schneider und Vera Sperisen

Der Soziologieprofessor Kurt Imhof (Universität Zürich) diagnostiziert einen massiven Qualitätseinbruch bei den Schweizer Medien. Allen voran bei den Gratis-Zeitungen, Online-Medien und privaten Fernseh- und Radiostationen. Sie vernachlässigen ihre klassischen Gesellschaftsaufgaben und gefährden damit die Demokratie im Lande. Dies wird gerade auch im Vorfeld der Wahlen sichtbar. Wir sprachen mit Kurt Imhof über den Zusammenhang zwischen «Blick am Abend», «Google» und der Balance der Staatsgewalten.

Herr Imhof, Sie haben im August 2010 ein Jahrbuch zur Qualität der Medien veröffentlicht und warnen dort vor einem drohenden Untergang der Demokratie. Was haben Medien mit Demokratie zu tun?

Ich spreche nicht vom Untergang, sondern von der Belastung der Demokratie durch qualitätsschwache Medien. Demokratie ist auf öffentliche Kommunikation zwingend angewiesen. Sie muss garantieren, dass sich die sanfte Gewalt des besseren Arguments durchsetzen kann. Wir können die Gesellschaft nur durch die medienvermittelte Kommunikation wahrnehmen. Unser Blick auf die Welt erschliesst sich uns durch das Wissen, das wir aus der öffentlichen Kommunikation ziehen.

«Berichtet wird über Skandale und Intimitäten.»

Und inwiefern hat die qualitativ schlechte Berichterstattung einen negativen Einfluss auf die Demokratie?

Wenn sich die politische Berichterstattung auf Episodisches verkürzt, dann gewinnt der, der die lautesten Kampagnen fahren kann und den höchsten Newswert hat, während die einordnende Argumentation verkümmert. Wenn sich die öffentliche Kommunikation in ihrer Qualität verschlechtert, dann haben wir es mit einer anderen Welt zu tun. Mit einer anderen Gesellschaft, mit einer anderen Problemagenda und einem anderen politischen Personal. Eine demokratische Gesellschaft verliert ihr Augenmaß, wenn sich die politischen Konflikte auf die Problemhorizonte einpendeln, die den Filter der Nachrichten-

werte noch passieren können. Der spektakuläre Einzelfall wird zum nationalen Problem, wie etwa bei der Todraserdebatte bei rekordtiefen Strassenverkehrsstöten. Ressentiments gegen Fremde können sich vor allem da durchsetzen, wo die Anzahl Fremder am tiefsten ist. Die Qualität der öffentlichen Kommunikation ist eine wichtige Voraussetzung für die Qualität der De-

«Journalistische Ethik erodiert.»

mokratie. Die Aufgabe der Medien ist eine Forums-, eine Kontroll- und eine Integrationsfunktion. In ihrer Forumsfunktion geht es um die Vermittlung und das Abwägen guter Gründe, die Kontrollfunktion versteht sich von selbst und in ihrer Integrationsfunktion sorgt die Medienarena für eine Koorientierung der Bürgerinnen und Bürger auf jene Probleme, die alle etwas angehen. Wenn die Forumsfunktion verkümmert, werden emotionale Entscheide begünstigt, wenn sich die Kontrollfunktion auf eine personale Empörungsbewirtschaftung reduziert, treten Zustände nicht mehr in den Fokus des Interesses und wenn Softnews und Human Interest dominieren, verschmälert sich die Koorientierung auf Sprachregionales. Weder die Debatten um Kachel- noch um Hirschmann finden im Tessin und in der Romandie statt.

An welchen Merkmalen machen Sie Medienqualität fest?

Es sind die klassischen Kriterien des Journalismus. In den Medien muss eine Argumentationsvielfalt vorherrschen – Vielfalt statt Einfalt. Es sollte nicht das Private im Vordergrund stehen, sondern die Relevanz des Themas, Aktualität ist wichtig und Pro-

fessionalitätsnormen, wie etwa die Quellentransparenz. Bei diesen Qualitätskriterien schneiden die Gratismedien on- und offline und die privaten Radio- und Fernsehanbieter schlecht ab.

Wie hat sich die Schweizer Medienlandschaft in den letzten Jahrzehnten verändert?

Seit den 1980er-Jahren ist eine Entbettung der Medien feststellbar. Früher waren die Medien ein Bestandteil der Konfessionen, von politischen Parteien, oder sie wurden von sozialmoralisch eingebetteten Verlegerfamilien geführt. Heute sind Medien eigenständige Unternehmen. Sie sind kommerzialisiert und orientieren sich am Wert der Aufmerksamkeit. Dadurch treten im Journalismus Sachverhalte und Normen zu Gunsten von moralisch-emotional aufgeladenen Inhalten zurück. Damit wird die öffentliche Kommunikation skandalisierter, personalisierter, konfliktstilisierter und privatisierter. Beispielsweise entwickelt sich ein neuer Blick auf die Staatsgewalten. Das Parlament verliert an Aufmerksamkeit, der Bundesrat gerät massiv in den Fokus. Dies schadet den verfassungspatriotischen Errungenschaften der Konkordanzdemokratie und dem Kollegialitätsprinzip.

Was ist daran problematisch, wenn das Parlament die Aufmerksamkeit der Medien verliert?

Die Balance der Staatsgewalten im öffentlichen Raum ist dadurch nicht mehr gewährleistet. Durch den Rückgang der Parlamentsberichterstattung verliert das Parlament an politischer Bedeutung. Die Parlamentarier stellen mit ihren Wortmeldungen kaum mehr Öffentlichkeit her. Um ihre politischen Botschaften platzieren zu können, müssen sie möglichst medienwirksam direkt die Medien erreichen.



«Hier hat das Bildungssystem versagt»: Kurt Imhof fordert Medienkompetenz als Schulfach.

Stellen Sie weitere inhaltliche Veränderungen fest?

Wir haben es mit einem Abbau der aussenpolitischen Berichterstattung zu tun. Die Schweiz als Kleinstaat hatte eine der international renommiertesten Aussenberichterstattungen. Man hat immer auf die Grossmächte geschaut und die Welt aus drei Sprachregionen heraus analysiert. Seit dem neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit ist ein Abbau bei der aussenpolitischen Berichterstattung feststellbar. Ausgerechnet im Prozess der Globalisierung dominiert das Nahe und Überblickbare. Insbesondere in den Gratismedien on- und offline sowie im privaten Radio und Fernsehen reduziert sich die Wahrnehmung der Welt auf Krieg,

«Zivilisation ist eine dünne Firnis.»

Katastrophen und Affären. Auch in der Wirtschaftsberichterstattung ist ein massiver Wandel feststellbar. Wichtig wurde die Performance von Unternehmen und die Erwartungen in CEO's, während die Berichterstattung über volkswirtschaftliche Zusammenhänge und die Konjunkturpolitik in den Hintergrund trat. Dadurch haben die Journalisten ihre Distanz zum Beobachtungsobjekt verloren und wurden so zum Teil des Bubblephänomens in der Wirtschaft.

Was bedeutet dieser Strukturwandel für die politische Kommunikation?

Beispielsweise im Vorfeld von Wahlen. Generell stellt man bei Abstimmungen und Wahlen fest, dass PR sehr viel wichtiger geworden ist. Das bedeutet, dass politische Akteure tunlichst medienwirksame Aktionen machen. Beispielsweise in Form von provokativen Plakaten oder Internet-Spielen, die eine grosse Resonanz in den redaktionellen Teilen hervorrufen. Politische Akteure, welche die kürzesten Botschaften und die provokantesten Thesen haben, finden entsprechend am meisten Resonanz. Nehmen wir beispielsweise die Wahlen 2007. Damals hatte der Parteipräsident der Zürcher SVP eine höhere Medienresonanz im Vergleich zu allen anderen nationalen Parteipräsidenten zusammen. Die SVP dominierte also nicht nur den Werberaum, sondern auch den redaktionellen Teil der Medien. Dies röhrt daher, dass medienwirksame Aktionsformen und knappe Botschaften die Selektionslogik der Medien besser erfüllen.

Die heutige Strukturlogik der Medien begünstigt damit all diejenigen, welche einen populistischen Wahlkampf führen.

Die Emotionalisierung des Politischen ist ein Zusammenspiel des politischen Personals und der Medien. Mit dem Medienpopulismus wird der politische Populismus gefördert und umgekehrt. Dies verändert den Problemhaushalt innerhalb der modernen Demokratie.

...bis zu deren drohendem Untergang?

In letzter Konsequenz ja. Wenn die öffentliche Arena zur Börse eines moralisch-emotionalen Aufmerksamkeitswettbewerbs verkommt, hat das bessere Argument keine Chance mehr und die Demokratie verliert das, was sie überlegen macht. In historischer Perspektive können wir etwa die Abschaffung des Parlamentarismus in Österreich und die Machtübernahme der NSDAP in Deutschland im Jahr 1933 nicht ohne die Veränderung der Medieninfrastruktur im Deutschland und Österreich der Zwischenkriegszeit erklären. Im Gegensatz zur Parteipresse, die in der Schweiz dominant war, fanden die austrofaschistischen Gruppierungen und die NSDAP in den Boulevardmedien und der Geschäftspresse der entsprechenden Länder viel Resonanz. Beide Medientypen haben die Parteipresse hinter sich gelassen und themati-

Fokus Wahlen

sierten das Politische nach Aufmerksamkeitswerten, die durch die genannten Akteure wesentlich besser erfüllt wurden. Die Tatsache, dass demokratische Staaten in die Barbarei zurückfallen können, zeigt uns, dass die Zivilisation eine dünne Firis ist. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit.

Gibt es auch aktuelle Beispiele?

Wenn man den Blick auf die Transformationsländer in Osteuropa richtet, fällt auf, dass die öffentliche Kommunikation dort von Boulevard-Medien, die durch westliche Verlage dominiert werden, überformt worden ist. Demgegenüber gibt es in den Transformationsländern kaum klassische Qualitätsmedien. Diese Infrastruktur der öffentlichen Kommunikation ist mit ursächlich für die hohe Volatilität bei den Wahlen. Neue politische Bewegungen können gewaltige Wahlerfolge feiern und sind bei den nächsten Wahlen wieder weg. Wir sehen das aber auch in Westeuropa. Beispielsweise in Holland, wo die Medienqualität ebenfalls durch Gratismedien gesunken ist und wo etablierte Volksparteien erdrutschartige Wahlverluste zu Gunsten von populistischen Akteuren hinnehmen müssen. Oder das Beispiel Italien: Ein Land, das traditionell sehr wenig Zeitungen hatte. Früher haben politische Parteien Zeitungen produziert. Jetzt haben wir es damit zu tun, dass ein Medienunternehmen eine Partei produziert hat. Und die Auswirkungen auf die politische Kultur in Italien sind evident, die Politik selbst hat sich dem Reality-TV angeglichen.

Kommen wir zurück zur Schweiz.

Die Schweiz ist kein Sonderfall in Bezug auf den Qualitätsverlust der Massenmedien. Man kann nach Österreich gehen, nach Holland, nach Schweden oder nach Italien. Für die Schweiz ist aber zu sagen, dass dieser Rückgang von einem relativ hohen Niveau schneller vonstatten ging als andernorts.

Was ist der Kern des Problems? Liegt es an der Marktlogik, welche die Medienwelt strukturiert, oder fehlt es den heutigen Journalistinnen und Journalisten an berufsethischen Werten?

Beides. Medien wurden zu Medienunternehmen mit einer beliebigen Kapitalversorgung. Damit verschwand der Verleger, der in die Elite der Stadt oder Region eingebettet war und eine persönliche Verant-

wortung für die Medien mittrug. Hinzu kommt, dass die Finanzierung der kommerziellen Medien nicht mehr funktioniert. Inserate-Einnahmen gehen heute zu branchenfremden Akteuren wie dem «Social Web» oder «Google». Dies wird durch die Selbstkannibalisierung der Informationsmedien in Form von Gratiszeitungen noch verschlimmert. Dadurch sinkt das Kostenbewusstsein des Publikums, das immer weniger bereit ist, für guten Journalismus etwas zu bezahlen, und die Jugendlichen werden kaum mehr auf die Abonne-

«Demokratie ist nichts Selbstverständliches.»

mentszeitungen zurückkommen. Dadurch lässt sich professioneller Journalismus nicht mehr finanzieren, Ressorts werden abgebaut, Redaktionen ausgedünnt, dieselben News in verschiedenste Kanäle abgefüllt. Natürlich haben die Journalisten auch mehr Angst um ihren Job. Es gibt Entlassungen und Ressourcenkürzungen im professionellen Journalismus. Gleichzeitig entsteht eine Art neues journalistisches Prekarat und ein Brain Drain: junge Journalisten steigen in die neuen Billig-Medien ein, und oben verlassen die arrivierten Kräfte den Journalismus zu Gunsten eines PR-Jobs. Unter all diesem Druck erodieren schliesslich auch die journalistischen Ethisken.

Wo sehen Sie Lösungsansätze zur Verbesserung der Medienqualität?

Einige Dinge sind klar. Die Online-Medien wurden zu einer zentralen Newsplattform, und ausgerechnet dort haben wir die schwächsten Ressourcen. Wenn der Schweizer Journalismus in Zukunft ein Gewicht haben will, müssen die besten privaten und die besten öffentlichen Infrastrukturen dort gebündelt werden. Daneben kann sich die Schweiz nicht leisten, dass etwa Medien wie Le Temps und die Neue Zürcher Zeitung untergehen. Allein schon deswegen, weil die Schweiz von aussen ganz stark über diese wahrgenommen wird. Neben diesen überregionalen Qualitätsblättern braucht es aber auch einen guten Journalismus in den Regionen. Die Schweiz ist föderalistisch, die Demokratie findet in allen Kantonen und Gemeinden

statt, sie kann sich ein Sterben dieser Medien nicht leisten. Wir brauchen also höhere Einnahmen für den Qualitätsjournalismus auf der Basis einer Qualitätsforderung und einem höheren Qualitätsbewusstsein auf Seiten des Publikums.

Ist der finanzielle Notstand bei Qualitätsblättern auch andernorts beobachtbar?

Ja, natürlich. Die Bestandekrise gilt für alle internationalen Qualitätsmedien wie New York Times, Guardian, Le Monde oder Washington Post. Sie sind allesamt in ihrer Existenz gefährdet. Das heisst, wir müssen uns auch mit einer Situation auseinandersetzen, wo Informationsjournalismus plattformunabhängig gefördert werden kann. Wir können dies nicht nur auf Fernsehen und Radio beschränken.

Um den Bogen zur Politischen Bildung zu schlagen: Was halten Sie von der Förderung der Medienkompetenz an Schulen?

Zuerst einmal: Hier hat das Bildungssystem versagt. Die Sozialisation der Jugendlichen mit Zeitungen aus dem Elternhaus ist abgerissen. Heute bedienen sich diese online oder mit Gratiszeitungen. Gleichzeitig hätte man die Medienkompetenz an den

«Medienkompetenz als Fach.»

Schulen fördern müssen. Wenn Medienkompetenz heute thematisiert wird, dann gilt sie dem politisch korrekten Surfen durch Pornoseiten und Gewaltdarstellungen. Aber nicht dort, wo es wirklich relevant ist, beim Umgang mit dem Informationsjournalismus. Dort muss man handeln, so dass das Qualitätsbewusstsein bei Jugendlichen auch ankommt.

Wo würden Sie dieses Anliegen an den Schulen unterbringen?

Es braucht Medienkompetenz als Fach. Hierzu müssten auch aktuelle Lehrmittel erarbeitet werden. Wir sind bereits daran, dies aufzugeleisen, nicht nur für Gymnasien, sondern auch für Berufsschulen. Denn man muss eines wirklich stark machen: Eine Gesellschaft, die ihre Jugend über Softnews erzieht, belastet die späteren Generationen mit mehr Problemen als nur den eigenen Schulden.

Politische Kommunikation, Berufspolitik und der Einfluss der Medien in der heutigen Politik

Wie professionell ist der Wahlkampf in der Schweiz?

Patrick Donges Ist von Parteien und ihrer Kommunikation die Rede, so ist die Diagnose «Professionalisierung» meist nicht weit. Vieles scheint sich zu «professionalisieren»: die Organisation des Wahlkampfes, die Parteiorganisation oder die Darstellung der Politik im Allgemeinen. Aber trifft die Diagnose zu? Erleben wir wirklich eine «Professionalisierung» des Wahlkampfes in der Schweiz?

«Professionalisierung» – ein unscharfer Begriff

Es sprechen mehrere Gründe dagegen. Der erste Grund liegt im diffusen Begriff der Professionalität respektive der Professionalisierung selbst: Bei der Diskussion solcher Begriffe können drei Perspektiven eingenommen werden: Die des Alltagsverständnisses, die der beruflichen Praxis und die der Wissenschaft. Im Alltagsverständnis wird professionell im Sinne von «gut» oder «exzellent» verwendet und ist mit Vorstellungen einer Spezialisierung («kochen wie die Profis») und der Notwendigkeit eines Entgelts verbunden (etwas «professionell machen lassen»). Das macht es auch so schwierig, über «Professionalität» zu sprechen, denn der Begriff ist positiv besetzt und niemand ist glücklich darüber, wenn seine Arbeit als «nicht-professionell» bezeichnet wird.

In der beruflichen Praxis ist der Begriff der Profession primär eine strategische Selbstbeschreibung. Wer es schafft, dass eine von ihm ausgeübte Tätigkeit als «professionell» anerkannt wird, erlangt in der Regel eine höhere Kontrolle über die Ausübung seiner Tätigkeit (in Abgrenzung zu den «Nicht-Professionellen») und kann für sie ein höheres Entgelt verlangen.

«Journalismus – eine Nicht-Profession.»

In die Wissenschaft fand der Begriff der Professionalität zunächst über die Berufssociologie Einzug. Professionen unterscheiden sich von anderen Berufen durch Merk-



Politik wird auch in der Schweiz zunehmend zu einem Beruf.

male wie Autonomie, ein spezialisiertes Wissen und eine Orientierung am Gemeinwohl. Der Arzt- und der Juristenberuf sind Prototypen solcher Professionen. Beide Berufsgruppen haben es geschafft, einen Wissenskanon zu definieren und den Zugang selbst zu reglementieren. Nur wer über eine spezifische Ausbildung verfügt und entsprechendes Wissen nachweisen kann, darf sich Arzt oder Ärztin, Jurist oder Juristin nennen. Als Beispiele für ausgesprochene Nicht-Professionen nach diesem wissenschaftlichen Verständnis können (ausgerechnet!) Kommunikationsberufe ange-

führt werden: Sowohl im Journalismus als auch in der Öffentlichkeitsarbeit oder der Kommunikationsberatung wurde es versäumt, sich selbst als Profession zu organisieren und beispielsweise einen Wissenskanon zu definieren und zu zertifizieren. «Wahlkampfberater» oder «Wahlkampfberaterin» darf sich jede und jeder nennen.

Politische Kommunikation: spezialisiert und ausgelagert

Ein zweites Argument gegen die Professionalisierungsdiagnose besteht darin, dass andere Begriffe wesentlich präziser um-

schreiben, wie sich politische Kommunikation in der Schweiz und anderswo verändert. Feststellbar ist zunächst eine Spezialisierung: Gerade im Umfeld von Wahlkämpfen und Tätigkeiten wie der Meinungsforschung, der Medienberatung und der Öffentlichkeitsarbeit sind in den vergangenen Jahren neue Tätigkeits- und Berufsfelder entstanden. Diese Spezialisierungen finden jedoch in Europa entweder innerhalb oder im Umfeld von Parteien statt. Eine Werbeagentur wird nicht in kurzer Zeit von der SP zur SVP wechseln oder umgekehrt. Damit fehlt im Übrigen das Merkmal der Autonomie, das Professionen im wissenschaftlichen Verständnis ausmacht: Im Bereich der politischen Kommunikation herrschen Auftragsverhältnisse.

Ferner ist eine Externalisierung zu beobachten. Der Begriff meint, dass spezialisierte Tätigkeiten, wie etwa die Planung oder Durchführung von Kampagnen, nicht mehr von der Parteiorganisation selbst, sondern von auf Kommunikation spezialisierten Akteuren ausserhalb der Parteiorganisationen gegen Entgelt durchgeführt werden.

«Wahlkampfberater darf sich jeder nennen.»

Damit ist die dritte Veränderung angesprochen, die umgangssprachlich häufig mit Professionalisierung gleichgesetzt wird: Die Kommerzialisierung der Wahlkampfkommunikation. Tätigkeiten, die vormals freiwillig und für die Parteien unentgeltlich von Mitgliedern oder der Anhängerschaft erbracht wurden, werden durch bezahlte Dienstleistungen ersetzt. Diese bezahlten Dienstleistungen müssen zunächst einmal nicht zwingend qualitativ anspruchsvoller sein, es kann sich auch um das einfache «Plakate kleben» handeln, das früher von freiwilligen Helferinnen und Helfern übernommen wurde und jetzt von den Parteien finanziert werden muss.

Für die Schweiz kommt ein weiterer Aspekt hinzu, der für andere Länder bereits selbstverständlich ist – die Verberuflichung. Der Anteil der reinen Milizparlamentarierinnen und -parlamentarier nimmt ab, Politik wird auch in der Schweiz zunehmend zu einem Beruf.



Politik unter Beobachtung: Parteien kommunizieren heute mehr und zielgruppenorientiert.

«Früher war es viel gemütlicher»

Trotz dieser Einwände: In der Selbstwahrnehmung von Politikerinnen und Politikern in der Schweiz spielt der Begriff der Professionalisierung eine zentrale Rolle. In einer Studie, die im Rahmen des Nationalen Forschungsschwerpunktes «Herausforderungen an die Demokratie im 21. Jahrhundert» (NCCR Democracy) der Universität Zürich durchgeführt wurde, antworteten Kommunikationsverantwortliche von Schweizer Parteien auf die Frage nach den drei wichtigsten Veränderungen für die Parteiorganisation in den letzten zehn Jahren durchweg mit «Professionalisierung». Dabei wird der Begriff vielfältig benutzt. «Professionalisierung» ist in der Wahrnehmung von Parteivertreterinnen und -vertretern ein allgemeiner Trend, der alle Parteien im In- und Ausland betrifft. Als «Professionalisierung» bezeichnen sie ihre Beobachtung, dass Kommunikation heute einen anderen Stellenwert in der Parteiorganisation einnimmt als früher.

Dies zeigt exemplarisch eine Interviewpassage mit einem Vertreter der FDP:
«Als ich begonnen habe, war der Pressechef derjenige, der sich um die Kommunikation zu kümmern hatte. Es ging alles nebenher,

«Heute wird Kommunikation immer mitgedacht.»

ohne grosse Aufmerksamkeit durch die Organisation. Ein kleines Beispiel: Als ich anfing, hat man die Medienmitteilungen nur an die Medien verschickt, nicht einmal an die eigene Geschäftsleitung und die Kantonsparteien. Die wussten im Prinzip erst am nächsten Tag aus den Zeitungen, was die FDP kommuniziert hat. Das ist heute eine irrwitzige Vorstellung, aber so war es damals. Das Ansehen der Kommunikation war sehr niedrig, es gab auch wenig strategische Aufmerksamkeit für diese Funktion, und das ist heute sicher anders. Heute wird Kommunikation immer, bei allem, was man tut, schon mitgedacht und mitberücksichtigt. [...] Die Kommunikationsabteilung hat an Aufmerksamkeit und Bedeutung auch in den Führungsgruppen ganz klar gewonnen.» Auch eine zunehmende Geschwindigkeit wird thematisiert: «Die Geschwindigkeit hat extrem zugenommen. Das ist die grösste Herausforderung,

und sie hängt insbesondere mit den Medien zusammen. Ich kenne das noch aus meiner Tätigkeit als Bundeshausjournalist. Wie alles damals abließ, das war – ich würde nicht sagen: hoheitlicher Journalismus, aber es war doch ein gewisser Rhythmus drin, der gemächer war. Es gab ungeschriebene Gesetze, beispielsweise: Am Freitagnachmittag macht man keine Medienkonferenzen mehr, weil da die Journalisten nicht mehr arbeiten. Auch das Wochenende ist Wochenende, außer es ist ein Parteitag, dann kann man noch etwas machen, aber sonst garantiert nichts. Es war viel gemütlicher in dem Sinn. Man hatte einen festen Plan, und an den hielt man sich, einerseits von Seiten der Journalisten, andererseits von Seiten der Parteien. [...] Das hat sich ziemlich drastisch verändert, meiner Ansicht nach mit dem Auftreten der privaten Fernsehstationen. Das waren die ersten, die damit begonnen haben, Medienkonferenzen live zu übertragen. Das Schweizer Fernsehen machte das erst später. [...] So hat sich die ganze Berichterstattung beschleunigt und weil man natürlich von Seiten der Parteien gemerkt hat, so kommt man auch in die Medien rein, musste auch die Kommunikation beschleunigt werden.»

Aber auch bei den Parteiorganisationen zeigen sich Veränderungen. Wer in einem Organigramm des Sekretariats der SP Schweiz aus den frühen 1990er-Jahren nach einem Pressesprecher Ausschau hält, sucht vergebens. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wurde seinerzeit von einem der Zentralsekretäre «nebenbei» erledigt. Heute weist das Organigramm zwei grosse inhaltliche Abteilungen auf: «Politik» sowie «Kampagnen und Kommunikation». Eine fast parallele Entwicklung durchlief in den vergangenen Jahren das Generalsekretariat der FDP: Aus einer Stelle für Öffentlichkeitsarbeit wurde die Abteilung «Partei & Organisation. Kommunikation Strategie», die heute gleichrangig neben der Abteilung «Fraktion & Politik. Inhalt Strategie» steht.

Fazit: Medialisierung statt Professionalisierung

Solche Veränderungen im Aufbau der Parteizentralen zeigen: Medien beeinflussen Politik nicht nur durch ihre Berichterstattung. Politische Organisationen wie Parteien reagieren auf die steigende Bedeutung der Medien, indem sie ihre Organisationsstrukturen verändern, mehr Ressourcen für Public Relation (PR), Kampagnen und politische Werbung bereitstellen und ihre

Kommunikationsleistungen erhöhen. In der Kommunikationswissenschaft wird dies als Medialisierung bezeichnet, als grundlegender Einfluss von Medien auf Organisationen. Parteien sind auf Medien als Vermittler ihrer Anliegen verstärkt angewiesen und wissen um die ständige Beobachtung durch eine steigende Anzahl an Medien. Darauf richten sie sich ein: Kommunikationsabteilungen werden ausgebaut, personell verstärkt und die Zuständigkeit für Kommunikation an der Organisationsspitze gebündelt.

Parteien kommunizieren generell mehr, sei dies aktiv in Form von Pressemitteilungen oder in Form von Kampagnen und nutzen mehr Kommunikationskanäle, um ihre

«Die Geschwindigkeit hat extrem zugenommen.»

Klientel zunehmend zielgruppenorientiert zu erreichen. Mit dem Begriff der Medialisierung wird nicht der Anspruch verbunden, dass er der einzige relevante Veränderungsprozess ist, dem Parteien unterliegen. Andere gesellschaftliche Phänomene wie die Individualisierung spielen für Parteien eine ebenso wichtige Rolle. Sie führen erst zu der Notwendigkeit, verschiedene Bevölkerungssegmente «zielgruppenspezifisch» anzusprechen.

Mit dem Konzept der Medialisierung kann präzise erklärt werden, wie und warum sich politische Organisationen wie Parteien durch die blosse Existenz und die zunehmende Bedeutung von Medien verändern. Der Begriff grenzt sich somit klar von dem der Professionalisierung ab, der zu verschwommen und unscharf ist, um als Diagnose zu taugen.

Literatur

- Patrick Donges (2008): Medialisierung politischer Organisationen. Parteien in der Mediengesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.



Patrick Donges ist Professor für Kommunikationswissenschaft an der Universität Greifswald und leitet ein Forschungsprojekt zur Medialisierung im Rahmen des NCCR Democracy an der Universität Zürich.

Ein Experiment zur Ermittlung der politischen Präferenz von Kindern

«Politik – Ein Kinderspiel?»

Oliver Dlabac, Oliver Krömler und Anita Manatschal **Sind Kinder politisch unbedarft, oder lassen sich bereits im Vorschulalter klare politische Präferenzen und Neigungen nachweisen? Zeichnet sich der vollständige Mensch gar schon in der «Krippe des Kindes» ab, wie Alexis de Tocqueville 1838 in seiner berühmten Abhandlung über die Demokratie in Amerika vermutete? Die Zürcher Forschungsmesse «Nacht der Forschung 2009» bot den idealen Rahmen, diesen Fragen mit dem spielerischen Experiment «Kinderparlament» nachzugehen.**

Sein über vierzig Jahren vertreten Forschende aus der Soziologie und der politischen Verhaltensforschung die Meinung, dass Kinder zwar politisch naiv und schwach informiert sein mögen, sie aber weit davon entfernt seien, politisch unbedarft zu sein (vgl. Greenstein 1965). Ähnliche Erkenntnisse liefern aktuelle Beiträge aus dem Bereich Politischer Bildung: Aus einer breit angelegten Befragung von 800 sechsbis siebenjährigen Kindern in Deutschland geht hervor, dass Kinder über ein Vorwissen politischer und gesellschaftlicher Themen und Prozesse verfügen. Dabei stimmt das kindliche Verständnis bei Wissensfragen zwar nicht immer mit tatsächlichen Fakten überein, trifft aber meist den Kern der angesprochenen Themen und zeigt Reflexions- und Argumentationskompetenz auf Seiten der Kinder auf (Deth 2007).

Eltern als Vorbild bei aktuellen politischen Themen

Bei der Frage nach den Ursprüngen von kindlichem Politikwissen kommt der Sozialisationsthese eine wichtige Rolle zu. Gemäss dieser These orientieren sich Kinder sehr stark am Vorbild ihrer Eltern, indem sie imitieren und gar verinnerlichen, was diese sagen und denken. Während sich eine oberflächliche Prägung durch das Elternhaus bei aktuellen politischen Sachthemen verschiedentlich nachweisen liess, ist die Frage des elterlichen Einflusses bei tiefer liegenden politischen Präferenzen, etwa zu Zielkonflikten zwischen Sozialstaat, Umweltschutz und Freiheitsrechten, weit weniger klar und auch weniger erforscht worden. Dies dürfte nicht zuletzt mit der Schwierigkeit zusammenhängen, politische Präferenzen von Kindern zu erfassen und diese mit denjenigen von Erwachsenen zu vergleichen.

Studien aus dem Bereich der politischen Verhaltensforschung konzentrieren sich beim Vergleich zwischen Eltern und ihrem Nachwuchs deshalb auch eher auf jugendliche Erwachsene, bei denen sich klare Parteipräferenzen bereits eindeutiger zuordnen lassen. Die Sozialisationsthese kann auch in diesem Forschungszweig bestätigt werden: War im Elternhaus eine klare Parteipräferenz vorherrschend, so ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass die jungen Erwachsenen diese übernommen haben (vgl. Kroh und Selb 2009).

«Im Kinderparlament äusserten die Kinder ihre Meinung zu den Themen Wohlfahrtsstaat, Umwelt und Privateigentum.»

Das Experiment

Der vorliegende Beitrag möchte hier einen Schritt weitergehen, indem er sich eingehender mit der Frage politischer Präferenzen von Kindern auseinandersetzt. Lassen sich solche Präferenzen tatsächlich bereits bei Kindern ausmachen, und wenn ja, stimmen sie, im Sinne der Sozialisationsthese, mit denjenigen der Eltern überein, oder zeichnen sich systematische Abweichungen zwischen Erwachsenen- und Kinderpräferenzen ab?

Die «Nacht der Forschung», eine von ETH und Universität Zürich organisierte und durch die EU initiierte Forschungsmesse, bot den idealen Rahmen, um diesen Fragen in Form eines spielerischen, politikwissenschaftlich ausgerichteten Experiments nachzugehen. 2009 besuchten rund 25 000

Besucherinnen und Besucher, darunter auch viele Familien, die Nacht der Forschung, deren selbsterklärtes Ziel es ist, eine Dialog-Plattform für Forschende und die Bevölkerung anzubieten.

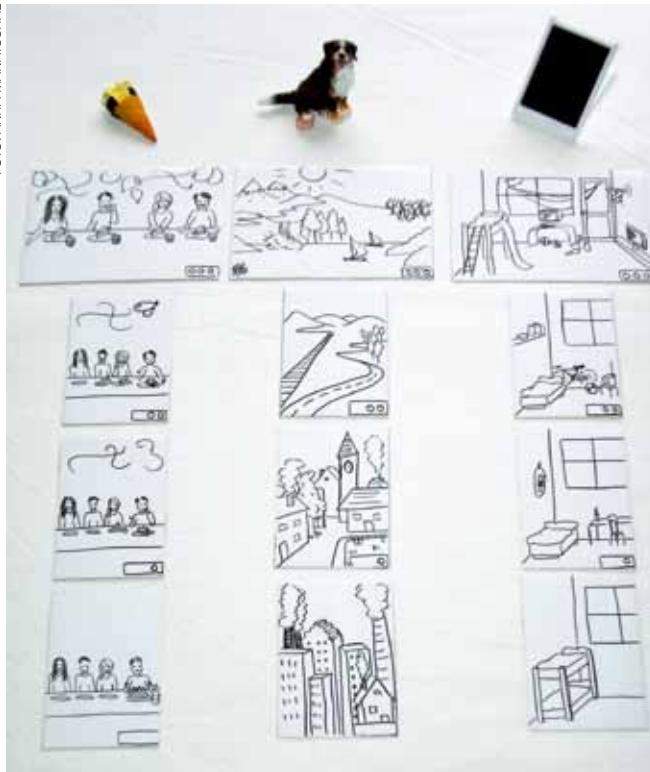
An unserem Stand «Kinderparlament» durften Kinder als Politiker oder Politikerin ihre Meinung zu den grundlegenden politischen Zielkonflikten äussern. Die kindergerechte Adaptierung der Konzepte zur Messung von politischen Einstellungen aus der Wahlforschung birgt allerdings Hürden. Üblicherweise werden dazu Fragen aus der wirtschaftlichen und kulturellen Dimension gestellt, die unterschiedlich komplex sind: Die kulturelle Dimension fragt nach dem Grad der Exklusivität der Gemeinschaftsvorstellung. Dieses anspruchsvolle Konzept erfordert ein hohes gesellschaftliches Verständnis, die Validität der gestellten Fragen ist darum selbst bei Erwachsenen umstritten. Auch ist es problematisch, sensible gesellschaftspolitische Fragen an einem öffentlichen Stand zu erheben. Besonders bei heiklen Fragen ist die anonyme Meinungsäusserung eine Bedingung für ehrliche Antworten. Die wirtschaftliche Dimension dagegen ist geprägt von Verteilungskonflikten. Diese sollten sich einfacher an Kinder vermitteln lassen. Unser Experiment beschränkt sich darum vorerst auf diese eine Dimension.

Eis, Hund und Spiegel für Wohlfahrtsstaat, Umwelt und Privateigentum

Für die Analyse der politischen Prioritäten bedienen wir uns des Instrumentariums der empirischen Wirtschaftsforschung. Den klassischen politischen Zielkonflikt modellieren wir dabei als ökonomisches Allokationsproblem. Wir haben ein Spiel entwickelt, bei dem die Kinder mit der Restriktion konfrontiert sind, fünf Spielzüge entlang den drei Aspekten Wohlfahrtsstaat, Um-

weltschutz und Privateigentum vorzunehmen. Jeder Aspekt hat vier Ausprägungen, die jeweils mit einer Zeichnung illustriert sind. Beim ersten Aspekt *Wohlfahrtsstaat* sind vier Kinder an einem Tisch dargestellt: Auf der ersten Abbildung sitzen drei von ihnen vor einem leeren Teller, während ein Kind eine ganze Torte vor sich hat. Mit steigender Stufe wird die Torte immer gerechter aufgeteilt. Unter dem zweiten Aspekt *Umwelt* konnten die Kinder zwischen einer unwohnlichen, durch Abgase belasteten Stadt und immer natürlicheren sowie idyllischeren Umgebungen auswählen. Der dritte Aspekt *Privateigentum* zeigt verschiedene grosse und verschieden gut ausgestattete Kinderzimmer. Hier konnten die Kinder zwischen einem kleinen Kinderzimmer mit einem Etagenbett ohne Spielzeuge und immer besser ausgestatteten, grösseren Zimmern auswählen (siehe Abbildung).

FOTO: ANITA MANATSCHAL



Spiel zur Ermittlung der politischen Präferenzen von Kindern:
«Was ist dir wichtig?»

Zusätzlich wurden den Kindern die zugrundeliegenden Zielkonflikte ausführlich erklärt und nach der ersten Verteilung nachgefragt, ob sie den einen Aspekt wirklich auf Kosten eines anderen weniger stark berücksichtigen möchten. Die Erwachsenen beantworteten die Frage nach der Bedeutung der einzelnen Aspekte, wobei auch sie auf einer Skala von 0 bis 3 maximal fünf Punkte vergeben durften.

Die Spielfiguren Eis, Hund und Spiegel werden auf den unteren drei Feldern platziert und dürfen insgesamt um fünf Felder entlang der Aspekte Wohlfahrtsstaat, Umwelt und Privateigentum gezogen werden.

Bestätigt sich die Sozialisationsthese?

Insgesamt nahmen 47 Elternteile und ihre 51 Kinder (3- bis 14-jährig) an unserer Untersuchung teil. Somit verfügen wir nur über eine kleine Stichprobe,

Politische Präferenzen von Eltern und ihren Kindern entlang der Dimensionen Umwelt / Privateigentum / Wohlfahrtsstaat

		Eltern	3/0/2	1/1/3	2/1/2	3/1/1	1/2/2	2/2/1	3/2/0	Zeilen- summe
		Kinder	Linke/Grüne				Bürgerliche/Grünliberale			
Kinder	Linke/Grüne	2/0/3	–	–	1	1	–	–	–	2
		3/0/2	–	–	3	–	–	–	–	3
		1/1/3	2	2	9	2	3	2	3	23
		2/1/2	–	–	9	1	–	5	–	15
		3/1/1	–	–	6	4	1	2	1	14
		1/2/2	–	–	5	–	1	3	–	9
		2/2/1	–	–	–	–	1	1	1	3
		3/2/0	–	–	–	–	–	1	–	1
		2/3/0	–	–	–	–	–	3	–	3
		Spaltensumme	2	2	33	8	6	17	5	73

Die Präferenzausprägung X/X steht für die relative Bedeutung, welche den Aspekten Umwelt/Privateigentum/Wohlfahrtsstaat beigemessen wird. Lesebeispiel: Ein Elternteil mit der Präferenzausprägung 2 (Umwelt)/1 (Privateigentum)/2 (Wohlfahrtsstaat) hat ein Kind mit der Präferenzausprägung 2 (Umwelt)/0 (Privateigentum)/3 (Wohlfahrtsstaat).

in welcher zudem linke und grüne Intellektuelle klar übervertreten sind (Selbstselektion der Standbesucher). Dennoch soll im Folgenden gezeigt werden, wie das entwickelte Spiel erste Hinweise zur Sozialisationsthese geben kann. In einem ersten Schritt haben wir jedes befragte Elternteil mit jedem seiner befragten Kinder gepaart und die entstehenden Kombinationen (73 Dyaden) in der abgebildeten Tabelle ausgezählt. Die Ausprägung 3/0/2 bedeutet etwa sehr hohe Präferenz für Umwelt (3), keine Präferenz für Privateigentum (0) und hohe Präferenz für Wohlfahrtsstaat (2). Es fällt auf, dass sich die meisten Elternteile entweder für die Kombination 2/1/2 oder 2/2/1 ausgesprochen haben (fett markiert), während die Kinder breiter über die möglichen Kombinationen gestreut sind.

«Stimmen die politischen Präferenzen der Kinder mit denjenigen ihrer Eltern überein?»

Einfachheitshalber haben wir die Präferenzausprägungen, welche Privateigentum wenig gewichten (1 und weniger), unter dem Sammelbegriff «links/grün» zusammengefasst, die anderen bezeichnen wir als «bürgerlich/grünliberal». Gerade die fett markierten Zahlen suggerieren, dass Kinder die Präferenzausprägungen ihrer Eltern tendenziell übernehmen – eindrücklich kann dies im Falle linker/grüner Präferenzen nachgewiesen werden, eingeschränkt aber auch für die bürgerlichen/grünliberalen. Die nachfolgenden Netzdigramme verdeutlichen dies. Kinder von linken/grünen Eltern (Abbildung A) haben eine besonders ausgeprägte Präferenz für Umverteilung beziehungsweise für Wohlfahrtsstaat. Kinder von bürgerlichen/grünliberalen Eltern (Abbildung B) hingegen schätzen Privateigentum klar höher, bleiben aber im Vergleich zu ihren Eltern deutlich sozialer eingestellt. Würden die Teilnehmenden gemeinsam ein Kinder- beziehungsweise ein Elternparlament gründen, wäre das Kinderparlament vergleichsweise weniger umweltfreundlich und wirtschaftsliberal, dafür umso sozialer. Die hier vorgestellten Befunde können aufgrund der kleinen und verzerrten Stichprobe nicht als abgesichert gelten. Zudem

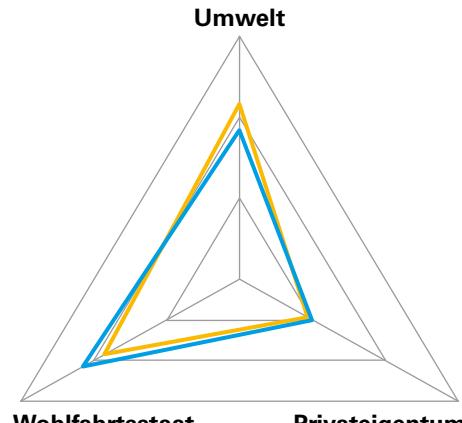


Abbildung A: Eltern mit linken/grünen Präferenzen (orange) und ihre Kinder (blau).

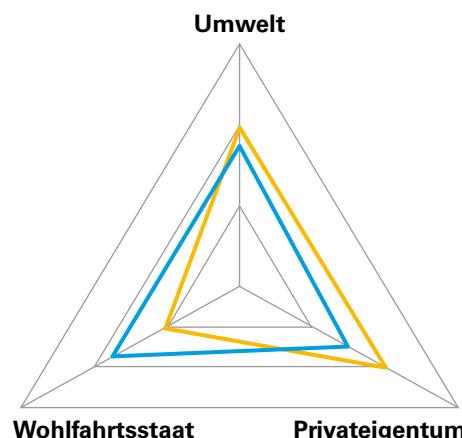


Abbildung B: Eltern mit bürgerlichen/grün-liberalen Präferenzen (orange) und ihre Kinder (blau).

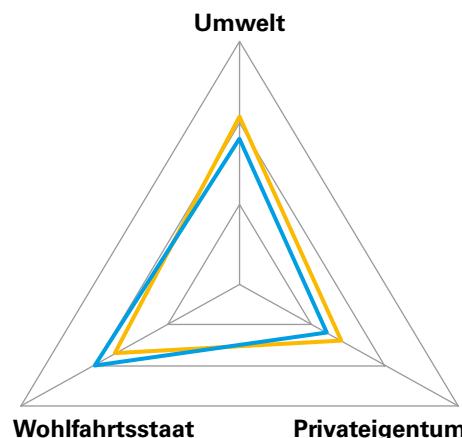


Abbildung C: Elternparlament (orange) und Kinderparlament (blau).

könnten die Angaben der Eltern und Kinder aufgrund des öffentlichen Settings durch Vorstellungen der sozialen Erwünschtheit verzerrt sein. Dennoch wird die Annahme bestärkt, dass Kinder bereits über klar ausgebildete politische Präferenzen verfügen, welche sie zu einem gewissen Mass von ihren Eltern übernommen haben. Der Einfluss der Eltern dürfte von Fall zu Fall unterschiedlich sein, aber nahezu

alle Kinder waren von ihrer Prioritätensetzung überzeugt und von ihrer Wahl nicht mehr abzubringen. Die vorläufigen Resultate legen zudem die Vermutung nahe, dass Kinder schon früh für den Aspekt der Umverteilung sensibilisiert sind (bzw. werden), während eine vorhandene Präferenz für Privateigentum erst mit zunehmendem Alter zur vollen Entfaltung kommt. Die Ver-

«Kinder sind weit davon entfernt, politisch unbedarft zu sein.»

suchsanordnung in Form eines experimentellen Spiels verspricht Einsichten zum Ursprung grundlegender politischer Präferenzen im Kindesalter und ermöglicht den Vergleich mit späteren Entwicklungsstadien bis hin zum Erwachsenenalter. Breiter angelegte Studien sind nötig, um die vermuteten Zusammenhänge eingehender zu untersuchen.

Literatur

- Deth, Jan W. van (2007): Kinder und Politik. Politische Einstellungen von jungen Kindern im ersten Grundschuljahr. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Greenstein, Fred I. (1965): Children and Politics. New Haven, Conn.: Yale University Press.
- Kroh, Martin; Selb, Peter (2009): Inheritance and the Dynamics of Party Identification. Political Behavior 31(4): 559–574.



V.l.n.r: Lic. phil. Oliver Krömler ist Lehrer für Allgemeinbildung an der Berufsschule Aarau; lic. phil. Anita Manatschal doktoriert am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern zum Thema Integrationspolitik in föderalistischen Systemen; lic. phil. Oliver Dlabac verfasst seine Doktorarbeit am selben Institut – zum Thema Vertrauen und Demokratie.

Eine Kritik zum Online-Lerntool «Parteienkompass»

Die Parteienvermittlungsbörse für Lernende

Dominik Allenspach und Katharina Kalcsics **Der Parteienkompass vermittelt den Lernenden die für sie passende politische Partei, unterstützt sie aber nicht beim Aufbau und der Reflexion einer «Parteibeziehung».**

Der Parteienkompass (www.parteienkompass.ch) liegt bei Lernenden im Trend. Dafür sprechen in Anlehnung an Online-Partnervermittlungsbörsen vier Gründe (Ahuvia/Adelman 1992). Erstens: So wie der Anteil der Singles in den letzten Jahren zugenommen hat, ist auch der Anteil der Lernenden ohne Parteimitgliedschaft oder Parteibindung in der Schweiz gestiegen. Zweitens: So wie die Singles jedoch weiterhin eine emotionale Stabilität wünschen, wünschen sich die Lernenden eine politische Orientierung, welche ihnen Sicherheit bei politischen Fragen verleiht. Drittens: So wie die zunehmende Zeitknappheit der Singles zu geringeren *dating opportunities* führt, führt sie zu einer verminderten Teilnahme der Lernenden an Parteiveranstaltungen. Viertens: So wie sich Singles durch ein verändertes Konsumverhalten einen differenzierten Partnervorschlag wünschen, wünschen sich Lernende eine differenzierte Parteiempfehlung.

Die drei Phasen des Parteienkompasses

Widmen sich Lernende dem Parteienkompass, durchlaufen sie wie bei Online-Partnervermittlungsbörsen drei Phasen: *searching, matching* und *interaction*. In der *searching* Phase (Suchphase) beantworten sie Fragen zu verschiedenen politischen Themenbereichen. Der Parteienkompass gewinnt so Informationen über die einzelnen Lernenden. In der *matching* Phase (Übereinstimmungsphase) werden die von den Lernenden jeweils abgegebenen Antworten mit jenen der politischen Grossparteien der Schweiz verglichen. Daraus leitet der Parteienkompass eine Parteiempfehlung ab, indem er aufzeigt, in welchem Ausmass die verschiedenen politischen



Welche Partei passt zu den politischen Vorstellungen der Jugendlichen?

Parteien mit den politischen Vorstellungen der Lernenden übereinstimmen. In der *interaction* Phase (Interaktionsphase) wird eine Beziehung zwischen den einzelnen Lernenden und der politischen Partei, die ihren politischen Vorstellungen am ehesten

lung für die politischen Vorstellungen der Lernenden hat. Ihre jeweiligen politischen Vorstellungen stimmen kaum vollständig mit einer politischen Partei überein. Es handelt sich meist um Annäherungen. Dies zeigt das Beispiel einer möglichen Parteiempfehlung des Parteienkompasses für einen Lernenden: 77% SPS, 76% GPS, 54% FDP, 45% CVP und 31% SVP. Diesem Beispiel zu Folge liegt die Übereinstimmung zwischen den politischen Vorstellungen des Lernenden und den politischen Vorstellungen, die die ideologische Basis einer Partei bildet, für die SPS bei 77%, für die GPS bei 76%, usw. Ferner muss berücksichtigt werden, dass es sich hier um eine Parteiempfehlung über alle politischen Themenbereiche hinweg handelt, die aber für einen einzelnen politischen Themenbereich wiederum anders ausfallen kann. Führt diese eingeschränkte Übereinstimmung in den politischen Vorstellungen

«Der Parteienkompass leitet eine Parteiempfehlung ab.»

entspricht, aufgebaut und reflektiert. Der Fokus des Parteienkompasses liegt eindeutig auf den ersten beiden Phasen. Die dritte Phase, die gerade hinsichtlich des politischen Lernens bedeutend ist, wird vernachlässigt. Hierbei geht es um die Frage, welche Bedeutung die Parteiempfehlung für die politischen Vorstellungen der Lernenden hat. Ihre jeweiligen politischen Vorstellungen stimmen kaum vollständig mit einer politischen Partei überein. Es handelt sich meist um Annäherungen. Dies zeigt das Beispiel einer möglichen Parteiempfehlung des Parteienkompasses für einen Lernenden: 77% SPS, 76% GPS, 54% FDP, 45% CVP und 31% SVP. Diesem Beispiel zu Folge liegt die Übereinstimmung zwischen den politischen Vorstellungen des Lernenden und den politischen Vorstellungen, die die ideologische Basis einer Partei bildet, für die SPS bei 77%, für die GPS bei 76%, usw. Ferner muss berücksichtigt werden, dass es sich hier um eine Parteiempfehlung über alle politischen Themenbereiche hinweg handelt, die aber für einen einzelnen politischen Themenbereich wiederum anders ausfallen kann. Führt diese eingeschränkte Übereinstimmung in den politischen Vorstellungen

zwischen Lernenden und Partei zu einer Reflexion und Differenzierung ihrer politischen Vorstellungen? Eine Studie, bei der über 300 Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I und II den Parteienkompass durchgearbeitet haben, stellt dies in Frage (Allenspach 2007). Die Mehrheit der Jugendlichen war der Ansicht, dass die Parteiempfehlung nicht zu einer Reflexion der eigenen politischen Vorstellungen beigetragen hat. Interessant daran ist, dass dies auch für jene Jugendlichen zutraf, bei denen die Parteiempfehlung anders aus gefallen ist, als von ihnen erwartet wurde. Was könnte der Grund für die fehlende Reflexion sein?

Ideen aus dem *conceptual change* Ansatz

Mögliche Antworten können beim Ansatz zum *conceptual change* gefunden werden. Dieser untersucht, wie naive Vorstellungen eines Lernenden von einem bestimmten Sachverhalt durch wissenschaftliche Erklärungen verändert oder erweitert werden können und an Belastbarkeit gewinnen. Der primär auf naturwissenschaftliche Fächer fokussierende klassische Ansatz geht davon aus, dass ein *conceptual change* stattfindet, wenn Lernende erstens unzufrieden sind mit ihrer vorgängigen Vorstellung, indem sie aufgrund von Unterschieden zwischen ihrer Vorstellung und der zu lernenden Lehrmeinung irritiert werden und zweitens eine verständliche, überzeugende

«Was könnte der Grund für die fehlende Reflexion sein?»

und fruchtbare Ersatzvorstellung vorhanden ist (Posner et al. 1982). In Anlehnung an Studien im Fach Geschichte (Halldén 1997) muss davon ausgegangen werden, dass Vorstellungen von Politik demgegenüber stark von lebensweltlichen Vorstellungen geprägt werden, anhand derer die Lernenden politische Phänomene einigermaßen befriedigend erklären können. Eine Reflexion der eigenen politischen Vorstellungen kann nun nur eintreten, wenn durch die Auseinandersetzung mit den Parteien neue Möglichkeiten auftreten, um politische Phänomene zu interpretieren. Die Interpretationen müssen einen lebens-



Jugendliche Vorstellungen von Politik sind stark durch ihre lebensweltlichen Vorstellungen geprägt.

weltlichen Bezug haben und helfen, etwas besser zu verstehen, sicherer politisch handeln und urteilen zu können. Der Parteienkompass bietet diesen Schritt nicht an. Das bedeutet jedoch nicht, dass Lernende diesen *conceptual change* nicht leisten könnten. Vielmehr muss ein geeigneter theoretischer Kontext im politischen Unterricht hergestellt werden, um politische Phänomene in Übereinstimmung mit diesem theoretischen Kontext interpretieren zu können. Eine Möglichkeit, die aber noch empirisch untersucht werden muss, ist die Arbeit an ausgewählten Basiskonzepten (Sander 2009), die zur Deutung und Klärung beitragen und somit die Grundlage für reflektierte politische Meinungen und Handlungen bilden können. In Bezug zum Parteienkompass heisst das, dass in der dritten Phase der Interaktion geklärt werden muss, wie diese Parteien konkrete Problemstellungen des Gemeinwohls und der Knappheit (zwei Basiskonzepte nach Sander 2009) lösen. Denn nur über die konkreten Lösungsvorschläge und deren Konsequenzen für die Bevölkerung können die Jugendlichen die Auswirkungen politischer Meinungen und Entscheidungen in der Lebenswelt erkennen und dazu Position beziehen.

Literatur

- Ahuvia, Aaron C.; Adelman, Mara B. (1992): Formal Intermediaries in the Marriage Market: A Typology and Review. *Journal of Marriage and Family* 54(2), 452–463.
- Allenspach, Dominik (2007): Evaluation Parteienkompass. Bericht zuhanden des h.e.p. Verlags, Zürich: NCCR Democracy und PH FHNW.
- Halldén, Ola (1997): Conceptual Change and the Learning of History. *International Journal of Educational Research* 27(3): 201–210.
- Posner, George J.; Strike, Kenneth A.; Hewson, Peter W. (1982): Accommodation of Scientific Conception: Toward a Theory of Conceptual Change. *Science Education* 66(2): 211–227.
- Sander, Wolfgang (2009): Wissen: Basiskonzepte der Politischen Bildung. In: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung. Band 30: Politische Kultur. Mit einem Schwerpunkt zu den Europawahlen, Innsbruck: Studien-Verlag, 57–60.



Dr. des. Dominik Allenspach ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum Politische Bildung und Geschichtsdidaktik der PH FHNW am Zentrum für Demokratie Aarau.



Dr. Katharina Kalcscics ist Dozentin für Fachstudien und Fachdidaktik Natur – Mensch – Welt/Sachunterricht am Institut Vorschulstufe und Primarstufe der PHBern.

Eine Präsentation von politischen Planspielen und Jugendprojekten

Was wird hier gespielt?

Vera Sperisen **In politischen Planspielen kann das Debattieren, das Formulieren von Anträgen und das Agieren innerhalb institutioneller Prozesse erlebt und damit anschaulich erlernt werden. Gerade aufgrund dieser aufregenden Vermittlungsformen ist es sinnvoll, den Beteiligten Raum zu lassen, um über Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Planspiel und Wirklichkeit nachzudenken.**

Lebensweltliche Nähe

Wer junge Menschen für politische Themen und Prozesse begeistern will, tut gut daran, die Nähe zur Lebenswelt der Jugendlichen in die didaktischen Überlegungen mit einzubeziehen. Eine solche Nähe kann auf verschiedene Arten erzeugt werden. Etwa, indem man Politik anhand von Themen näher bringt, welche die Jugendlichen direkt betreffen. Oder man wählt abwechslungsreiche und alltagsnahe Vermittlungsformen. Es besteht auch die Möglichkeit, dass die Jugendlichen nahe an die Politik herangeführt werden. Beispielsweise, indem sie mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern auf Tuchfühlung gehen oder sich die Räumlichkeiten des Bundeshauses zu eigen machen.

Hierzu bestehen verschiedene Projekte für Jugendliche, für Schulklassen und Schulverbände. Drei ausgewählten Projekten – «Schulen nach Bern», «Eidgenössische Jugendsession» und «Jugend debattiert» – wird auf den folgenden Seiten (S. 18–23) Raum zur Präsentation ihrer spannenden Ansätze geboten. Allen ist gemeinsam, dass sie zwei wichtige Methoden der Politischen Bildung in den Vordergrund stellen: Sie aktivieren die Selbsttätigkeit der Jugendlichen und fördern ein begründetes politisches Urteilen und Handeln.

Planspiel und Wirklichkeit

Bei all den genannten Vorteilen, die solche aktivierenden, lebensnahen und kreativen Formen der Politischen Bildung bieten, muss auch auf die Tücken hingewiesen werden. Problematisch werden politische Schulanlässe und Jugendevents immer dann, wenn sie sich auf ein simples «Politik spielen» beschränken und zu einer leicht konsumierbaren Unterhaltungsveranstaltung werden. Dies gilt im Übrigen auch für Politische Bildung im Schulunterricht. Ein



Wie die «erwachsene Politik» – aber anders. Eidgenössische Jugendsession 2010.

unreflektiertes Nachahmen der «grossen Politik» kann dazu führen, dass wichtige Aspekte der Politischen Bildung aus dem Blickfeld geraten.

Zwei Beispiele:

- Wenn die politischen Entscheidungsfindungen allein als Aushandlungsprozess von gleichberechtigten Parteien aufgrund der sanften Gewalt des besseren Arguments dargestellt werden, verzerrt dies das Bild auf die Wirklichkeit. Dem Wissen um reale Machtverhältnisse und deren Durchsetzung wird zu wenig Beachtung geschenkt.

- Wenn den Schülerinnen und Schülern bei partizipativen Unterrichtsmodellen neben den Handlungsmöglichkeiten nicht auch die Handlungsgrenzen aufgezeigt werden, fördert dies Pseudopartizipation.

Neben dem «Politik-spielerisch-Erleben» braucht es immer auch ein Angebot, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Spiel und Realität diskutieren zu können. Dort, wo der Zeithorizont für Politikprojekte sehr begrenzt ist, kann dies beispielsweise im Unterricht, in der Vor- oder Nachbereitung des Ereignisses geschehen.

Die Bundespolitik hautnah erleben mit «Schulen nach Bern»

Politik zum Anfassen

Sekretariat «Schulen nach Bern» **Von wegen, Politik ist langweilig! Dass das nur ein Vorurteil ist, erfuhren rund hundert Schülerinnen und Schüler vom 1. bis 5. November 2010 bei der Projektwoche «Schulen nach Bern» am eigenen Leib. Sie trafen einen Parlamentarier, besuchten eine ausländische Botschaft, besichtigten die Bundesstadt – wenn sie nicht gerade mit ihrem Planspiel beschäftigt waren. Darin schlüpften sie in die Rolle von Politikerinnen und Politikern, diskutierten und tauschten sich aus. Der absolute Höhepunkt der Woche: die Nationalratsdebatte der Jugendlichen im Bundeshaus.**

Langsam füllt sich der Saal. Geschäftiges Murmeln. Einige Jugendliche blättern noch einmal durch ihre Notizen. Die ganze Woche haben sie mit anderen Schülerinnen und Schülern aus der deutschen und der französischen Sprachregion in Fraktions- und Kommissionssitzungen auf diesen Tag hingearbeitet – die grosse Nationalratsdebatte. Sie ist der Höhepunkt des Planspiels im Rahmen des Projekts «Schulen nach Bern».

Eigene Volksinitiativen eingereicht

Im Grunde begannen die Vorbereitungen sogar noch früher: mit der Anmeldung für das Schulprojekt. Im Unterricht haben die Schülerinnen und Schüler das politische System der Schweiz ausführlich besprochen. Jede der vier Klassen hat sich eine Volksinitiative überlegt, über hundert Unterschriften dafür gesammelt und bei der Projektorganisation vom Verein «Schulen nach Bern» eingereicht. Schliesslich gründeten die Schülerinnen und Schüler eine (fiktive) politische Partei und überlegten sich ein Parteiprogramm, um sich dann am 4. November 2010 bei der grossen Nationalratsdebatte im Parlamentssaal in Bern wiederzufinden.

«Erfahren, wie Politik funktioniert.»

Plötzlich läutet eine Glocke, reisst die Schülerinnen und Schüler aus ihren Gedanken, aus ihren Gesprächen. Gespannt wandern die Blicke nach vorne. «Ich eröffne hiermit die Nationalratssession Schulen nach Bern», sagt die Nationalratspräsidentin.



FOTOS: CHRISTOPH IMGRÜT / SCHULEN NACH BERN

Hier haben die Jugendlichen das Sagen: Mit der Schule nach Bern.

Schulen nach Bern

Die Projektwoche «Schulen nach Bern» führt Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I in die Bundesstadt, wo sie in einem Planspiel das politische System der Schweiz kennen lernen. Die Jugendlichen treffen zudem einen Parlamentarier oder eine Parlamentarierin ihres Kantons, besuchen eine ausländische Botschaft und machen einen eigens für sie konzipierten Stadtrundgang. Nachdem im Jahr 2009 erfolgreich eine Pilotwoche mit fünf Klassen durchgeführt worden war, ist das Projekt zur Förderung der Politischen Bildung im Jahr 2010 in die Implementierungsphase gestartet. Ab 2012 soll «Schulen nach Bern» ein festes Angebot für Schweizer Schulen werden. Drei bis vier Projektwochen führt der Verein pro Jahr durch. Vier bis sechs Schulklassen aus verschiedenen Kantonen und Sprachregionen nehmen jeweils daran teil.

Unterstützt wird das Projekt von: Avina Stiftung, Ernst Göhner Stiftung, Stiftung Mercator Schweiz.

Weitere Informationen unter www.schulen-nach-bern.ch

tin feierlich. Alle Augen sind auf sie gerichtet. Aufmerksam. Interessiert. Gespannt. Stolz blickt die Präsidentin in die Runde: «Ich fühle mich geehrt, dass wir unsere Nationalratssession hier im echten Nationalratssaal führen dürfen», sagt die Schülerin lächelnd.

«Wissensvermittlung und emotionale Erfahrung.»

Tatsächlich ist es der Ort des Geschehens, der das Projekt «Schulen nach Bern» so besonders macht: Die Jugendlichen lernen das politische System der Schweiz und die Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger nicht nur theoretisch kennen, sie erfahren in dem Planspiel im Bundeshaus hautnah, wie die nationale Politik funktioniert.

Aufregung im Parlamentssaal

Aufgeregt sitzen die Nachwuchspolitikerinnen und Nachwuchspolitiker in den Bänken des Nationalratssaals – und eine echte (ehemalige) Bundesrätin an ihrer Seite. Ruth Dreifuss, Bundesrätin von 1993 bis 2002, nahm für das Projekt «Schulen nach Bern» noch einmal ganz vorne im Parlament Platz. Und sie tat es gerne: «Ich finde, es ist ein sehr schönes und wichtiges Projekt.» Mit Hanspeter Seiler ist noch ein Politik-Experte im Raum. Der ehemalige Nationalratspräsident (1999-2000) hilft der Nationalrats- und der Vizepräsidentin des Planspiels bei Fragen und Problemen. Die Schülerinnen und Schüler treten nacheinander ans Rednerpult. Die Jugendlichen diskutieren mit vollem Einsatz. Vier Stunden lang. Ohne nachzulassen. Jede einzelne Volksinitiative wird intensiv beleuchtet, hinterfragt oder verteidigt.

Viel Diskussionsstoff

«Keine Tabakwaren an Minderjährige», «Ein heranwachsendes Kind kostet, die Situation muss klar geregelt sein», «Aufhebung des Minarettverbotes» und «Leben ohne atomares Risiko», in allen diesen Volksinitiativen steckt viel Diskussionsstoff. Die Schülerinnen und Schüler diskutieren angeregt, tragen sich spontan in die Liste für Einzelvoten ein und verhandeln mit Mitgliedern anderer Parteien, damit die Abstimmung ja zu ihren Gunsten ausfällt.



Frische Ideen und engagierte Debatten im Nationalratssaal.

«Ich bin stolz auf meine Schüler.»

«Es war ein gutes Gefühl, im Nationalratssaal zu sprechen», schwärmt ein Fünfzehnjähriger. «Meine Erwartungen wurden übertroffen», ergänzt ein Lehrer. Er schaut in die Runde: «Ich bin so stolz auf meine Schüler, wie ich es als Lehrer noch nicht war.» In einem Schulhaus, davon ist er überzeugt, würde das Projekt nicht funkti-

onieren. Im Nationalratssaal zu diskutieren, mit einer ehemaligen Bundesrätin und einem ehemaligen Nationalratspräsidenten an der Seite, das sei einmalig. Die Kombination aus Wissensvermittlung und emotionalen Erfahrungen überzeugt ihn an dem Projekt: «Ich bin überzeugt, das hat einen nachhaltigen Effekt auf die Schüler.»

Dieser Text ist erstmals in leicht veränderter Form in den Mercator News (Ausgabe 01/2010) erschienen.

Mit «Jugend debattiert» lernen und trainieren Jugendliche das Debattieren

Fechten mit Worten

Christian Hachen, Sekundarlehrer und Regionalleiter «Jugend debattiert» **Hilfreich für Lehrpersonen, spannend für Schülerinnen und Schüler: Mit dem Lehrgang «Jugend debattiert» lernen Jugendliche in acht Unterrichtseinheiten eine sachbezogene Debatte führen. Ein Erfahrungsbericht aus einer Oberstufenklasse.**



FOTOS: FRANZ GLOOR/STIFTUNG DIALOG

Zum Punkt kommen, aufeinander eingehen, sich auskennen, begründen,... und Spass haben mit «Jugend debattiert».

In der Klasse IIc (Sekundarstufe I) in Uetendorf bei Thun herrscht emsiges Treiben. Es steht eine Schnupperdebatte an zur Streitfrage: «Sollen an unserer Schule Uniformen getragen werden?»

In Gruppen besprechen die Schülerinnen und Schüler ihre Pro- und Kontraargumente, die sie notiert und gewichtet haben. Die Spannung im Klassenzimmer steigt spürbar an, die Schülerinnen und Schüler haben nur noch wenig Vorbereitungszeit bis zum Beginn der ersten Schnupperdebatte. Sie steht am Anfang des Lehrganges: Die Jugendlichen sollen merken, was sie schon können und was sich noch zu trainieren lohnt. Der Lehrgang ist aufgebaut

«Sinn, Regeln und Ablauf der Debatte sind bekannt.»

wie die Debatte selber. Arbeitsziel ist die Förderung von vier Fertigkeiten: Zum Punkt kommen, aufeinander eingehen, sich auskennen, begründen. Der klar strukturierte Aufbau und die vielfältigen Übungen leiten die Lehrperson bei Vorbereitung und Durchführung. Je nach Klasse empfiehlt es sich, für die Unterrichtseinheiten zwischen acht und vierzehn Lektionen einzuplanen.

Argumente aufnehmen und widerlegen

Die Diskussion um Schuluniformen beschäftigt die Klasse. Deshalb hat sie beschlossen, die erste Debatte diesem Thema zu widmen. Alle Rednerinnen und Redner werden ein Los ziehen, das ihnen die Pro- oder Kontrarolle zuweist. Nun überlegen sie sich auch die Gegenposition zur persönlichen Meinung, damit sie in der anschliessenden Debatte das Publikum sowohl in der Pro- als auch in der Kontrarolle überzeugen können. Allen sind Sinn, Regeln und Ablauf der Debatte bekannt. Die klare Form der Debatte unterstützt die Jugendlichen in der Strukturierung ihres Gesprächs. Dabei sprechen sich zwei für, zwei

Jugend debattiert

Jugend debattiert ist handlungs- und kompetenzorientiert. Anhand einer fixen Debattenstruktur lernen Jugendliche der ganzen Schweiz debattieren. Unter dem Motto «In der Schule üben, in der Öffentlichkeit bestehen» zielt das Projekt darauf ab, bei möglichst vielen Jugendlichen Spass am spielerischen Meinungsaustausch zu wecken.

Der Wettbewerb bei Jugend debattiert besteht aus Vorausscheidungen und dem gesamtschweizerischen Final, das am 1. und 2. April 2011 in Bern stattfindet.

Jugend debattiert ist ein Projekt der Stiftung Dialog – Campus für Demokratie. Das Projekt steht unter dem Patronat der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK). Arbeitsmaterialien für Lehrpersonen, Schülerinnen und Schüler unter:

www.jugenddebattiert.ch

gegen das Gefragte aus. Eine Gesprächsleitung gibt es nicht, einzig jemand, der über die Einhaltung der Redezeiten wacht und hierzu mit Uhr, Glas und Löffel zum Abklingeln ausgerüstet ist. Die Schnupperdebatte dauert gesamthaft zwölf Minuten und gliedert sich in drei Teile: Eröffnungsrede, freie Aussprache und Schlussrunde. Die Jugendlichen sitzen anfangs etwas nervös hinter ihren Rednerpulten. Im Laufe der Debatte werden sie immer sicherer und redegewandter. Sie nehmen Argumente der Gegenpartei auf und widerlegen sie. Sie bekommen offensichtlich Spass am Fechten mit Worten.

«Positive Auswirkung auf das Klassenklima.»

Unmittelbar nach der Debatte erhalten die Teilnehmenden kurz Gelegenheit zu sagen, wie es ihnen ergangen ist und hören, was der Klasse an der Debatte gefallen hat und welche Argumente überzeugend waren. Das Augenmerk der Beteiligten wird auf Verbesserungsmöglichkeiten gerichtet. Dabei erhalten sie Tipps wie: «Sprich kraftvoll», «du solltest auch Gegenargumente wissen», «gute Argumente nicht mit «vielleicht beginnen» oder «Schlussrunde: das Wesentliche bringen».

Weshalb Debattieren üben?

Die Jugendlichen lernen, Gründe für die eigene Sicht anzugeben und die Gründe anderer zu prüfen. Dabei üben sie zum Punkt zu kommen, Spannung aufzubauen und ihre Argumente zu präsentieren. Sie erarbeiten sich einen Überblick zu aktuellen Themen und können Stellung nehmen. Sie lernen gegensätzliche Meinungen im geschützten Rahmen des Unterrichts auszuhalten und Konflikte sprachlich zu lösen. Das wirkt sich positiv auf das Klassenklima aus. Wer frei, strukturiert und zusammenhängend reden kann, ist erfolgreicher bei Aufsätzen, Referaten, Prüfungen und beim Einstieg in die Berufswelt. Und nicht zuletzt: Debattieren bringt Abwechslung und Lebhaftigkeit – im Spannungsfeld von Kooperation und Konkurrenz – in den Sprach- und Sachunterricht.

In ihrer Rückmeldung beantworten die Schülerinnen und Schüler die Frage so:



Mit Worten und Gesten überzeugen.

- «Eine Debatte zu führen, fand ich zuerst nicht so gut, aber als ich sie geführt hatte, blühte ich dann auf.»
- «Ich habe gelernt, meine eigene Meinung zu formulieren und dazu zu stehen. Ich kann jetzt Argumente passend abgeben und den Gegner leicht provozieren.»

«Konflikte sprachlich lösen.»

- «Da ich nun viel mehr zum Thema wusste, war es sehr interessant, und es hat grossen Spass gemacht zu debattieren und zu beurteilen.»
- «Vielleicht sollte man das Debattieren in den Lehrplan aufnehmen.»

Meine Erfahrungen als Lehrperson sprechen jedenfalls dafür. Und ich sehe eine weitere Chance: Nun, da alle die Methode kennen und die sprachlichen Fähigkeiten erworben haben, in der Debatte zu bestehen, kann ich Debatten auch ideal mit geplanten Unterrichtsinhalten verknüpfen. So erarbeite ich mit den Schülerinnen und Schülern das Thema «Schweiz und Europa» mittels Debatten. Wir beginnen mit einer Schnupperdebatte zum Thema «Soll die Schweiz der EU beitreten?». Dabei wird schnell klar, dass uns die Argumente ohne Vorbereitung rasch ausgehen. Die Schülerinnen und Schüler erhalten während zwei

«Nervosität am Rednerpult.»

Wochen die Möglichkeit, sich mit Hilfe vorbereiteter Informationsdossiers auf eine Schlussdebatte vorzubereiten. Mit Eifer sind sie dabei, denn in den Debatten möchten sie nicht abfallen. Wir vereinbaren, dass diesmal die Debatten auch beurteilt werden. Ein Note ergibt sich aus jeder Selbstbeurteilung, einer Beurteilung durch das Publikum und einer durch mich. Nach zwei Wochen ist es soweit: Die Debatten stehen an. Und ich bin überrascht, wie intensiv, differenziert und hochstehend die Jugendlichen über die Debattenfrage friedlich streiten. Einmal mehr zeigt sich: «Jugend debattiert» fördert die Schülerinnen und Schüler gleichzeitig und gezielt in ihrer Sach-, Selbst- und Sozialkompetenz. Und nebenbei: der Unterricht wird abwechslungsreich, die Jugendlichen übernehmen selbstständig viel Verantwortung und haben offensichtlich Spass daran.

Dieser Text ist erstmals in leicht veränderter Form im Schulblatt Aargau/Solothurn vom 24. September 2010 erschienen.

Die Eidgenössische Jugendsession

Junge machen Politik!

Geo Taglioni, Leiter Politik und Partizipation national in der SAJV **Die Eidgenössische Jugendsession bietet Jugendlichen die Chance, Politik hautnah zu erleben – und motiviert sie so für ein politisches Engagement und eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.**

Die Jugendsession richtet sich an Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren, die in der Schweiz wohnhaft sind oder als Schweizerin oder Schweizer im Ausland leben. Ihr Leitziel ist die Förderung der Partizipation der jüngeren Generationen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Demnach sollen Jugendliche selbstbestimmt in allen Bereichen ihres Lebens entscheiden und handeln können, Verantwortung für sich selbst wie auch für die Gesellschaft übernehmen und ihr Umfeld konstruktiv mitgestalten können. Die Eidgenössische Jugendsession leistet dazu einen wichtigen Beitrag, indem sie den Jugendlichen in der Schweiz Gehör verschafft. Sie macht auf jugendpolitische Anliegen aufmerksam und bringt die Meinungen der Jugendlichen zu aktuellen Themen in die Alltagspolitik ein.

Die Organisation und die strategische Weiterentwicklung der Eidgenössischen Jugendsession basieren auf dem Grundsatz der Partizipation. Dem Organisationskomitee obliegt es, die Jugendsession zu planen, zu organisieren und durchzuführen. Es besteht aus 15 Jugendlichen aus der ganzen Schweiz, welche sich ehrenamtlich für die Jugendsession engagieren.

Das zweite wichtige Gremium der Jugendsession ist das «Forum». Es existiert seit 2001 und hat zum Ziel, durch Lobbying und Zusammenarbeit mit Politikerinnen und Politikern und anderen wichtigen Akteuren die politischen Forderungen der Jugendlichen umzusetzen und den Graben zwischen «erwachsener» und «jugendlicher» Politik zu überbrücken.

Koordiniert werden alle Aktivitäten rund um die Jugendsession durch die Projektleitung, die bei der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV angestellt ist. Sie ist die zentrale Anlaufstelle für externe Partnerinnen und Partner

der Jugendsession wie das Bundesamt für Sozialversicherungen, die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen und weitere Institutionen. Zu den Hauptaufgaben der Projektleitung gehören die Betreuung und Leitung des Organisationskomitees und des Forums sowie die Qualitätssicherung und Weiterentwicklung des Projektes «Eidgenössische Jugendsession».

«Ich glaube, ich weiss jetzt, was schweizerische Politik heisst: Vorschläge ausarbeiten, ausdiskutieren, streiten, dann abstimmen und sich freuen oder genervt sein.»

Armin, 14 Jahre alt

Das Politikverständnis der Jugendsession: Förderungs- und Integrationsfunktion

Die Jugendsession ist eine parteipolitisch neutrale Plattform, welche den Jugendlichen ermöglicht, am politischen Geschehen teilzunehmen, ohne dafür Mitglied einer Partei sein zu müssen. Viele Jugendliche zögern, sich in jungen Jahren einer Partei anzuschliessen und damit eine feste Bindung zu einer politischen Institution einzugehen. Einerseits ist die Entwicklung der eigenen politischen Meinung für viele Jugendliche noch nicht so reif, dass sie sich bereits in allen politischen Belangen mit einer Partei identifizieren können, andererseits kann es für Jugendliche abschreckend sein, sich in einer Phase des Lebens, wo

Veränderungen alltäglich sind, an eine Partei zu binden. Die Jugendsession stellt eine gute Alternative für alle Jugendlichen dar, die sich politisch, aber nicht parteilich engagieren möchten.

Neben der Förderung bereits engagierter Jugendlicher übernimmt die Jugendsession eine wichtige Integrationsfunktion, indem sie Jugendliche auf unterhaltende Weise an die schweizerische Politik heranführt.

Durch die Heterogenität der Teilnehmenden, die einzigartige Lokalität Bundeshaus, das attraktive Rahmenprogramm und die zahlreiche Prominenz aus Politik und weiteren Bereichen, übt die Jugendsession als Event eine grosse Anziehungskraft auch auf Jugendliche aus, die der «reinen» Politik vielleicht noch nicht viel abgewinnen können. Ein wichtiges Ziel der Veranstaltung ist es denn auch, bei den anwesenden Jugendlichen die Lust auf mehr zu wecken, damit sie Spass am Politisieren bekommen und sich in Zukunft politisch und gesellschaftlich auch ausserhalb der Jugendsession engagieren.

«Ein Mandat auf Bundesebene ist längerfristig das Ziel. Ich bin der Meinung, dass an den Jungen vorbeipolitisert wird.»

Adil, 16 Jahre alt

Die Eidgenössische Jugendsession als Vertretung der Jugend

Die Eidgenössische Jugendsession wird in politischen Debatten und in den Medien oft als Vertretung der Jugend wahrgenommen. Die Teilnehmenden müssen allerdings kein Wahlverfahren durchlaufen und



Mit viel Engagement dabei: Teilnehmende an der Eidgenössischen Jugendsession 2010.

vertreten deshalb strikt genommen nicht die ganze Jugend. Umso mehr Gewicht hat für Projektleitung, Organisationskomitee und Forum deshalb die Repräsentativität der Teilnehmenden an der Eidgenössischen Jugendsession. Aus durchschnittlich über 350 Anmeldungen werden jedes Jahr aufgrund festgelegter Kriterien 200 Jugendliche ausgewählt. Zu (partei-)politischer Einstellung oder Zugehörigkeit der Jugendlichen werden keinerlei Daten erhoben, entsprechend kann dies auch kein Kriterium bei der Auswahl der Teilnehmenden sein. Zur Anwendung kommen nur folgende Kriterien: Kantonszugehörigkeit, Geschlecht, Alter und Bildungshintergrund. Die Teilnehmenden entsprechen folglich der Heterogenität der Schweiz: Alle Landesprachen, Bildungswege und Bevölkerungsschichten sind vertreten. In Zukunft werden zusätzliche Massnahmen getroffen, um Jugendliche mit Migrationshintergrund oder aus bildungsfernen Schichten noch vermehrt zu integrieren.

19 Jahre Eidgenössische Jugendsession: Bilanz und Ausblick

An der Jugendsession haben seit ihrer Gründung mehr als 5'500 Jugendliche aus der ganzen Schweiz teilgenommen. Die Eidgenössische Jugendsession hat es in dieser Zeit geschafft, eine bewährte politische Institution zu werden, indem sie sich im Laufe der Jahre den neuen Gegebenheiten angepasst hat, ohne ihrem ursprüngli-

chen Konzept untreu zu werden. Die Innovationen, welche die Jugendsession jährlich unternommen hat, haben ihr erlaubt, immer neue Jugendliche zu motivieren, an diesem Projekt teilzunehmen. Rund 150 Jugendliche haben zusätzlich die Chance gepackt, die Verantwortung der Organisation, der Durchführung und der

«Die Teilnehmenden entsprechen der Heterogenität der Schweiz.»

strategischen Weiterentwicklung der Eidgenössischen Jugendsession mitzutragen und sich im Organisationskomitee und/oder im Forum zu engagieren. Im Rahmen dieses Engagements haben sie Kenntnisse im Projektmanagement, im Fundraising, in der Kommunikation und im Lobbyieren erworben.

Das Projekt «Eidgenössische Jugendsession» hat seit 19 Jahren Generationen von Jugendlichen aus unterschiedlichen Gründen fasziniert. 200 politisch interessierte Jugendliche aus der ganzen Schweiz treffen sich während drei Tagen, um ihre Zukunft selber in die Hand zu nehmen und die Welt von heute und von morgen zu ändern. Während diesen Tagen strahlen die

Teilnehmenden die positive Kraft einer jungen Generation aus, die etwas bewegen möchte, die offen ist, andere Leute kennen zu lernen, die ihre eigene Meinung verteidigt, respektvoll miteinander diskutiert und Brücken baut.

Seit ihrer Gründung hat sich die Jugendsession stark weiterentwickelt. Für die Zukunft wünsche ich ihr, dass sie von den politischen Akteuren sowie von der breiten Öffentlichkeit noch stärker wahrgenommen wird und dass sie weiterhin ein fester Termin in der Agenda von engagierten Jugendlichen und zukunftsorientierten Poli-

«Die Jugendsession ist eine parteipolitisch unabhängige Plattform.»

tikerinnen und Politikern ist. Denn: Kinder und Jugendliche möchten nicht nur Akteure der Zukunft, sondern auch der Gegenwart sein. Der partizipative Ansatz ist die einzige Möglichkeit, die Meinung von jenem Teil der Gesellschaft zu hören, der noch kein Recht hat, stimmen und wählen zu gehen.

Weitere Informationen unter
www.jugendsession.ch

Der Klassenrat in Forschung

Zwischen Selbstdisziplinierung und Partizipation

Alexander Lötscher und Corinne Wyss

Im Klassenrat haben Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, untereinander und gemeinsam mit ihren Lehrpersonen alltägliche Themen, Fragen, Probleme oder Konflikte zu besprechen, Lösungsansätze zu diskutieren und Entscheide zu fällen. Der Klassenrat bietet dabei die Möglichkeit für soziales Lernen, Beteiligung und Mitverantwortung der Schülerinnen und Schüler.

Die ideengeschichtlichen Wurzeln des Klassenrates

Der Klassenrat in seiner heutigen Form stützt sich auf mehrere Vorläufer. Bereits 1766 beschrieb Martin Planta, wie er sein Erziehungsinternat in Graubünden nach dem Vorbild der römischen Republik organisierte: Die Versammlung aller Schüler – das Schülerparlament – wählte Richter und Beamte, die über Disziplin und Ordnung wachten. Um 1900 wurden in den USA die sogenannten Schülerrepubliken, die intern mit Parlament, Regierung und Justiz nach dem Vorbild demokratischer Staaten organisiert wurden, unter anderem dazu genutzt, Einwanderungskinder in das demokratische System einzuführen. Sehr zentral

«Die Partizipation bildet den Kern des Klassenrates.»

waren die Ideen von John Dewey und Célestin Freinet im 20. Jahrhundert. John Dewey (1859–1952) war der bekannteste Verfechter der Erziehung zur Demokratie, der die Demokratie als Lebensform in der Schule verankern wollte. Für Célestin Freinet (1896–1976) war der Klassenrat zentrales Element seiner Pädagogik. Er schlug unter anderem das Führen einer Wandzeitung vor, mit der die Schülerinnen und Schüler unter den Rubriken «Wir üben Kritik – Wir beglückwünschen – Wir fordern» ihre Anliegen in den Klassenrat einbringen konnten. Die Schülerinnen und Schüler erhielten dadurch die Möglichkeit, sich mitzuteilen, mitzureden und mitzubestimmen. Zwar sind heute die Absichten, die mit dem

Klassenrat verfolgt werden, vielfältiger Natur. Die Partizipation bildet aber nach wie vor den Kern des Klassenrates, insbesondere seit die Kinderrechtskonvention von 1989 das Recht auf Meinungsbildung und Mitsprache bei Entscheidungen, die das Wohlergehen der Kinder betreffen, schützt.

Was kann durch den Klassenrat erreicht werden?

Der Klassenrat hat in den letzten Jahren in der Volksschule an Bedeutung gewonnen, ist in Lehrpläne aufgenommen und an vielen Schulen in den Stundenplan integriert worden. Die Einführung und Durchführung von Klassenräten wird durch die Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen gefördert und durch die Publikation von Ratgeberliteratur unterstützt. Die Liste der Ziele, die mit der Durchführung von Klassenräten verfolgt werden, ist lange und vielseitig. Bei den Schülerinnen und Schülern sollen unter anderen folgende Kompetenzen gefördert werden:

- Personale Kompetenzen: Empathiefähigkeit, Konzentrationsfähigkeit, Eigenverantwortlichkeit, Selbstvertrauen.
- Soziale Kompetenzen: Kommunikationsfähigkeit (einander wirklich zuhören, im Gespräch aufeinander eingehen), Solidarität gegenüber anderen zeigen, Teamfähigkeit, Konfliktfähigkeit, Umgang mit Differenz und DisSENS, Toleranz, Akzeptanz, Fairness, Gerechtigkeit.

- Methodische Kompetenzen: Konfliktlösung, Protokoll verfassen, Gesprächsleitung, Informationen einholen und kritisch bewerten.
- Demokratische Handlungskompetenz: die eigene Meinung äußern, Verantwortung übernehmen, Entscheidungen in Abstimmungen treffen, das Mehrheitsprinzip erfahren und anerkennen, politische Strukturen und Entscheidungsprozesse erfahren, Wahlen durchführen (Schülerparlament und Vergabe der Ämter).

«Die Leitung des Klassenrats, die Gesprächsthemen und die Entscheide können durch die Schülerinnen und Schüler mitbestimmt werden.»

Neben dem Kompetenzzuwachs und der Partizipation der Schülerinnen und Schüler werden dem Klassenrat noch weitere positive Auswirkungen für das Leben und Lernen in der Schulgemeinschaft zuge-

Lehrpersonen gesucht

Das Forschungsprojekt Klassenrat sucht noch Lehrpersonen auf der Sekundarstufe I, die bereits Klassenrat durchführen. Bei Interesse oder Fragen zum Projekt, das je eine Klassenratstunde per Video aufzeichnet und die Lehrperson und Schülerinnen und Schüler zum Klassenrat befragt, kontaktieren Sie bitte corinne.wyss@fhnw.ch.



Schülerinnen, Schüler und die Lehrperson gestalten den Klassenrat gemeinsam.

sprochen: Förderung eines guten Klassenklimas, Gewaltprävention, Entlastung der Lehrkraft (und des Fachunterrichts) durch das Vertagen und die Konzentration der Anliegen und Probleme auf die Klassenrastunde sowie durch das Teilen der Verantwortung und die Übernahme von Ämtern durch die Schülerinnen und Schüler.

Was ist für die Durchführung von Klassenräten von Bedeutung?

Der Klassenrat sollte sich in der organisatorischen und inhaltlichen Gestaltung vom Fachunterricht abheben. Für einmal kann die Leitung auch in der Hand der Schülerinnen und Schüler liegen, sie können Gesprächsthemen einbringen und die zu fällenden Entscheide massgeblich mitbestimmen. Die Lehrpersonen nehmen im Klassenrat die Rolle «der normalen Teilnehmerin / des normalen Teilnehmers» ein. Ämter, wie zum Beispiel die Klassenratsleitung, das Protokoll oder die Zeitwache werden den Schülerinnen und Schülern überlassen. Außerdem handeln sie gemeinsam Regeln für das Zusammenleben in der Klasse und die Gesprächskultur aus. Betrachtet man die theoretischen Ausführungen und Vorgaben, so wird deutlich, dass der Klassenrat an die Schülerinnen und Schüler wie auch an die Lehrpersonen einige Anforderungen stellt. Die Lehrperson muss beispielsweise entscheiden, ob sie die Gesprächsleitung komplett den Schülerinnen und Schülern überlassen oder ob sie bei Problemen eingreifen soll. Sie muss festlegen, welche Themen im Klassenrat

diskutiert und welche Entscheidungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten an die Schülerinnen und Schüler übergeben werden können. Die Einführung des Klassenrates sollte deshalb gut geplant und mit Bedacht unternommen werden. Die Bedürfnisse der Lehrperson und der Klasse wie auch die Vorgaben der Schule und des Lehrplans sollten Beachtung finden.

«Der Klassenrat stellt an die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrperson einige Anforderungen.»

Forschungsprojekt zum Klassenrat

Wie Lehrpersonen mit ihren Schülerinnen und Schülern den Klassenrat konkret durchführen, welche Ziele sie damit verfolgen und welche Erfahrungen sie machen, darüber ist bislang leider sehr wenig bekannt. Ein Forschungsprojekt, das im Zentrum für Politische Bildung und Geschichtsdidaktik der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz am Zentrum für Demokratie durchgeführt und durch den Schweizerischen Nationalfonds unterstützt wird, widmet sich dieser Thematik. Um Einblick in die schulische Alltagspraxis von Klassen-

ratsstunden zu erhalten, werden Klassenräte auf der Sekundarstufe I mit Videokameras aufgenommen und Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen befragt. Die Auswertungen sollen zeigen, inwiefern die in der theoretischen Literatur vorgesehenen Aspekte Anwendung in der Praxis finden und wie die Lehrpersonen und ihre Schülerinnen und Schüler den Klassenrat einschätzen. Auf Basis dieser Befunde können Aussagen über die Formen, die Möglichkeiten und die Grenzen des Klassenrates formuliert werden, die insbesondere der Aus- und Weiterbildung zur Verfügung gestellt werden und dazu beitragen sollen, Lehrpersonen bei der Einführung und Durchführung von Klassenräten noch besser zu unterstützen.

Literatur

- Friedrichs, Birte (2009): Praxisbuch Klassenrat. Gemeinschaft fördern, Konflikte lösen. Weinheim und Basel: Beltz.
- Eikel, Angelika; de Haan, Gerhard (2007): Demokratische Partizipation in der Schule: ermöglichen, fördern, umsetzen. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.



Lic. phil. Corinne Wyss und lic. rer. soc. Alexander Löttscher
führen am Zentrum Politische Bildung und Geschichtsdidaktik der PH FHNW am Zentrum für Demokratie ein Forschungsprojekt zum Klassenrat auf der Sekundarstufe I durch.



Wahlen 2011 – eine Castingshow?

Weiterbildungstagung Politische Bildung 2011

Alle vier Jahre wieder: Im Oktober 2011 wird das Schweizer Parlament gewählt. Die National- und Ständeratswahlen sind zentrale Elemente der politischen Partizipation. Während die Wahlbeteiligung seit den 1990er-Jahren unter 50 Prozent stagniert, sind Votings bei Castingshows aller Art zur Normalität geworden. Die Rolle der Politischen Bildung wird vor diesem Hintergrund unterschiedlich ausgelegt. Welche Kompetenzen benötigt die Teilnahme an politischen Wahlen? Ist die Zielvorgabe einer aktiven Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger überhaupt noch zeitgemäß oder stehen die Vermittlung von politischem Wissen, das Wecken von politischem Interesse oder die Förderung von demokratischem Bewusstsein im Vordergrund? Die Klärung der Zielvorgaben Politischer Bildung dient als Basis für die Erarbeitung von Unterrichtseinheiten zu den Wahlen. Die beiden zeitgleich durchgeführten Workshops widmen sich der Diskussion von Unterrichtsbeispielen für Primar- und Sekundarstufe I und II.

Zielgruppen

Primarstufe und Sekundarstufe I und II

Datum und Ort

Mittwoch, 30. März 2011, Aarau (Reithalle),
15.00–18.30 Uhr

Organisation

Pädagogische Hochschule FHNW
Kooperation Institut Forschung und Entwicklung und
Institut Weiterbildung und Beratung

Tagungsleitung

Prof. Dr. Béatrice Ziegler, Leiterin Forschungszentrum
Politische Bildung und Geschichtsdidaktik
PH FHNW

Kosten

Tagungskosten: CHF 80.–
Studierende der PH FHNW: keine Kosten; Dozierende
PH FHNW: Tagungskosten als Weiterbildung anrechenbar;
Lehrpersonen AG: Finanzierungskategorie A,
SO: Finanzierungskategorie B (50 % Kanton, 50 %
Gemeinde), Lehrpersonen BL, BS: der jeweilige
Kanton übernimmt die Tagungskosten

Anmeldung

Bis 6. März 2011
www.fhnw.ch/ph/tagungen

Beratung und Auskunft

Vera Sperisen / Claudia Schneider
T +41 62 836 94 47
vera.sperisen@fhnw.ch

Administration

Béatrice Reimann
T +41 62 838 90 13
beatrice.reimann@fhnw.ch

Impulsreferat

Prof. Dr. Andreas Ladner, Hochschulinstitut für
öffentliche Verwaltung (idheap), Lausanne

Nationalratswahlen 2011

Zur Bedeutung in der Schweiz und zur Umsetzung
in der Schule.

Workshop 1

lic. phil. Eveline Hipeli, zhaw
(Medienpädagogik/Kommunikationswissenschaft)
lic. phil. Sarah Genner, zhaw
(Medien- und Politikwissenschaft)

Wahlen 2011 – eine Castingshow?

Hinweise und Ideen, wie im Unterricht die
Ähnlichkeiten von Wahlkämpfen und Casting-
shows aufgezeigt werden können.

Zielgruppe: Primarstufe

Workshop 2

lic. rer. soc. Julien Fiechter, Verein Politools (Politologe)
lic. phil. Cléa Fierz, Verein Politools (Historikerin)

Einsatz von Online-Wahlhilfen im Bereich Politische Bildung: Möglichkeiten und Grenzen.

Präsentation der Online-Wahlhilfen smartvote.ch und
parteienkompass.ch sowie Diskussion über deren Ein-
satz im Unterricht.

Zielgruppe: Sek I und II